

Vertrag

A – Kommerzielle Bedingungen

zwischen Auftraggeber (AG):

BEW Berliner Energie und Wärme GmbH

Hildegard-Knef-Platz 2

10829 Berlin

und Auftragnehmer (AN):

[.....

.....]

für

Projekt: KLR2 – Refurbishment Klingenberg 2.0

Los: Schornstein A Sanierung

EU-Ausschreibungs-Nr.: [EU Tender Number]

ABKÜRZUNGEN UND BEGRIFFSDEFINITIONEN

Abkürzung/Begriff	Definition
HSE	Health, Safety & Environment

Inhaltsverzeichnis

Präambel	7
1 Liefer- und Leistungsumfang	7
1.1 Allgemeiner Liefer- und Leistungsumfang	7
1.2 Leistungserbringung	8
1.3 Vollständigkeit und Funktionalität	9
1.4 Öffentlich-rechtliche Anforderungen	10
1.5 Vorleistungen des Auftraggebers	10
1.6 Sichtvermerke und Zustimmungen	11
1.7 Bedenken und Hinweispflicht	11
2 Zugesicherte Beschaffenheitsmerkmale	12
2.1 Beschaffenheitsmerkmale	12
2.2 Rechtsfolgen bei Nichteinhaltung / Verletzung der in Ziff. 2.1 genannten Beschaffenheitsmerkmale	12
2.3 Abweichender Zeitpunkt	13
3 Zusatz- und Änderungsleistungen	13
4 Termine	15
4.1 Vertragstermine und Terminplan	15
4.2 Pönalisierte Termine (Vertragsstrafentermine)	15
4.3 Termingefährdung/ Terminverschiebungen	15
5 Behinderungen und Unterbrechungen	16
6 Ausführung	19
6.1 Leistungsort	19
6.2 Örtliche Verhältnisse	19
6.3 H&S bei Bau, Montage und Inbetriebsetzung	19
6.4 Einhaltung von Umweltvorschriften durch den Auftragnehmer	20
6.5 Arbeitszeitgenehmigung	20
6.6 Einhaltung Arbeitnehmerentsendegesetz und Mindestlohngesetz, Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz etc.	20
6.7 Einsatz von Nicht-EU-Arbeitnehmern	22

6.8	Ansprechpartner und Kommunikation	22
6.8.1	Kommunikation zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber	23
6.8.2	Kommunikation mit Behörden und mit dem Betreiber der Anlage	23
6.8.3	Reaktionszeit	24
6.8.4	Besprechungen	24
6.9	Subunternehmer	25
6.10	Besondere Vertragsbedingungen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG)	26
7	Mängel vor Abnahme	26
8	Preisvereinbarungen	27
8.1	Vergütung	27
8.2	Preisblatt	27
8.3	Kosten für Prüfungen	28
8.4	Energie- und Stromsteuerentlastungen	28
9	Zahlungsbedingungen	29
9.1	Fälligkeit und notwendige Rechnungsinhalte	29
9.2	Zurückweisungsrecht	30
9.3	Zahlungsplan – entfällt	30
9.4	Anforderung der Raten, Abschlagsrechnung und Schlussrechnung	30
9.5	Schlussrechnung gemäß UStG	30
10	Bürgschaften	31
10.1	Bürgschaft zur Absicherung von Vorauszahlungen	31
10.2	Bürgschaft zur Absicherung der Vertragserfüllung	32
10.3	Bürgschaft zur Absicherung der Ansprüche aus Mängelhaftung	33
10.4	Bürgschaft zur Absicherung von Abschlagszahlungen nach § 650c Abs. 3 BGB	33
11	Abnahme	34
11.1	Abnahme der Lieferungen und Leistungen	34
11.2	Weitere Abnahmebedingungen	35
11.3	Nachweis der Beschaffenheitsmerkmale / Abnahmemessungen	36
12	Mängelansprüche	36
12.1	Gesetzliche Regelungen	36

12.2	Verjährungsfrist Mängelansprüche	36
12.3	Mängelbeseitigung nach Abnahme	36
12.4	Änderung von Komponenten	37
12.5	Provisorien	38
13	Haftung	38
13.1	Haftungsregelungen	38
13.2	Gefahrtragung	38
14	Vertragsstrafen	39
14.1	Vertragsstrafe wegen Verzuges mit dem Anfangs- oder Endtermin	39
14.2	Vertragsstrafe wegen Verzuges mit Zwischenterminen	39
14.3	Höchstgrenzen Verzugsvertragsstrafen	40
14.4	Pauschalierter Schadensersatz für Nichterfüllung der in Ziff. 2.1 zugesicherten Beschaffenheitsmerkmale	40
14.5	Geltendmachung der Vertragsstrafen	40
14.6	Weitere Rechte des Auftraggebers neben Vertragsstrafen / Pauschaliertem Schadensersatz	41
15	Versicherung	41
15.1	Vom Auftragnehmer abzuschließende Versicherungen	42
15.2	Vom Auftraggeber abzuschließende Versicherungen	43
15.3	Selbstbehalt	44
15.4	Bestehende Verpflichtungen	44
15.5	Versicherungsbestätigung	45
15.6	Versäumte Besorgung von Versicherungsschutz	45
15.7	Ausschluss von Beschränkungen	45
16	Kündigung	45
17	Schutzrechte und Datenschutz	47
17.1	Schutzrechte	47
17.1.1	Übertragung von gemäß Urheberrecht geschützten Werken auf den Auftraggeber	47
17.1.2	Freiheit von Schutzrechten Dritter	48
17.1.3	Entstehung von Schutzrechten bei Leistungserbringung unentgeltliches Nutzungsrecht	48

17.1.4	Nutzungsrecht von Arbeitsergebnissen	48
17.2	Datenschutz	49
17.2.1	Datenschutz seitens des Auftragnehmers	49
17.2.2	Datenschutz seitens des Auftraggebers	49
17.2.3	Datenschutz Subunternehmer	49
18	Sonstiges	49
18.1	Vertraulichkeit	49
18.2	Wettbewerbsverstöße	50
18.3	Zulässigkeit von Veröffentlichungen und Referenzen	50
18.4	Loyalitätsklausel	50
18.5	Vermeidung von Interessenkonflikten	51
18.6	Ethisches Verhalten	52
18.6.1	Befolgung des BEW Berliner Energie und Wärme GmbH Verhaltenskodex für Lieferanten und Partner	52
18.6.2	Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) bei der BEW Berliner Energie und Wärme GmbH	53
18.7	Russland-Sanktionen	54
18.8	Abtretung und sonstige Übertragungen	56
18.9	[Entfällt]	56
18.10	Vertragssprache/Schriftform	56
18.11	Geltendes Recht	56
18.12	Gerichtsstand	56
18.13	Salvatorische Klausel	57
18.14	Individuelle Vereinbarungen	57
19	Mitgeltende Unterlagen	57

Der Auftraggeber möchte ein Umfeld schaffen, in dem Diversität und Inklusion zum Alltag gehören. Auch wenn in den Ausschreibungs- und Vertragsunterlagen Funktionen benannt werden und für diese die männliche Form genutzt wird, gilt dieses gleichermaßen für die weibliche und diverse Form. Dies gilt selbstverständlich auch im umgekehrten Fall.

Präambel

Am Standort des HKW Klingenberg (nachfolgend Kraftwerksgelände) soll der Schornstein A im Zuge eines Refurbishment Projektes saniert werden. Die aktuelle Standsicherheit des Schornsteins ist nachgewiesen. Untersuchungen haben aber ergeben, dass der Schornstein verkehrssicherheits-, dauerhaftigkeits- und standsicherheitsrelevante Schäden aufweist.

Die BEW Berliner Energie und Wärme GmbH (nachfolgend Auftraggeber) beabsichtigt mit der Instandsetzung die Wiederherstellung der Dauerhaftigkeit und der Tragfähigkeit für die geplante Restnutzungsdauer von mindestens 10 Jahren. Dafür soll das Tragrohr durch Aufbringung einer zusätzlichen Spritzbetonschale mit Stahlbewehrung und Rückverankerung instandgesetzt werden.

1 Liefer- und Leistungsumfang

1.1 Allgemeiner Liefer- und Leistungsumfang

(1) Der Auftragnehmer übernimmt als umfassend erfahrener, sachverständiger und fachkundiger Unternehmer alle Leistungen, die zur rechts- und genehmigungskonformen, termingerechten, kompletten, betriebsbereiten sowie funktionstauglichen und zweckentsprechenden Errichtung des beauftragten Liefer- und Leistungsumfangs erforderlich sind. Der Liefer- und Leistungsumfang bestimmt sich nach der beigefügten technischen Spezifikation des Auftraggebers **gemäß Teil B [Technische Anforderungen des AG]**, allgemeiner Teil (**Teil C [Ausführungsbestimmungen]**)

Der Liefer- und Leistungsumfang beinhaltet insbesondere die Durchführung der Instandsetzung gemäß Ausführungsplanung inklusive der Lieferung (auch Ersatzteillieferung), die vollständige Montage, sowie die vollständige Dokumentation in deutscher Sprache, in Übereinstimmung mit den Anforderungen der **Teile B, C, D und E**.

Die vom Auftragnehmer zu erbringenden Sanierungsleistungen sind im Einzelnen umfassend im **Teil B1** und den dazugehörigen **Teil B1, Ziff. 2.1 „Allgemeine Beschreibung des Liefer- und Leistungsumfangs“** funktional beschrieben.

Die Einzelpositionen in dem Leistungsverzeichnis (vgl. **Teil B.1.1**) sind so zu verstehen, dass aufgrund der Beschreibung von diesen auch die dazu in den anderen Anlagen des **Teils B** und im **Teil C** beschriebenen Anforderungen und die bei der durch den Auftragnehmer durchgeführten Besichtigung der Örtlichkeiten erkennbare Leistungen erfasst werden, auch wenn darauf in den Einzelpositionen nicht noch einmal ausdrücklich hingewiesen wird oder auf die Anlagen bzw. erkennbaren Gegebenheiten Bezug genommen wird.

Bei den Angaben zu Mengen und Einheiten der Einzelpositionen des Leistungsverzeichnisses (vgl. **Teil B.1.1**) handelt es sich lediglich um unverbindliche Annahmen bzw. Näherungswerte des

Auftraggebers. Mit Abschluss dieses Vertrages bestätigt der Auftragnehmer, dass ihm die Möglichkeit eingeräumt wurde, die Angaben zu prüfen und den Auftraggeber auf von ihm feststellbare abweichende Mengen bzw. Einheiten hinzuweisen.

Soweit der Auftragnehmer Subunternehmer zur Vertragserfüllung einsetzt, hat der Auftragnehmer zu gewährleisten, dass alle Pflichten des Auftragnehmers auch von dessen Subunternehmern erfüllt werden.

Der Auftragnehmer bestätigt weiterhin, dass er sich vor Abschluss dieses Vertrages vollumfänglich und ausreichend über die Lage und Beschaffenheit der Baustelle und den Umfang der erforderlichen Leistungen informiert hat und Unklarheiten mit dem Auftraggeber aufgelöst wurden.

(2) Der „Vertragszweck“ besteht in der Wiederherstellung der Dauerhaftigkeit und der Tragfähigkeit für die geplante Restnutzungsdauer von mindestens 10 Jahren.

(3) Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit dem Sanierungsobjekt und den dazugehörigen Leistungen. Die Leistungsgrenzen sind in dem Teil B1 und B1.1 beschrieben.

Sanierungsobjekt

- i. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den definierten Liefer- und Leistungsumfang nach Vertragsunterzeichnung gemäß den Bedingungen dieses Vertrages auszuführen.
- ii. Der Liefer- und Leistungsumfang ergibt sich aus Ziff. 1.1.
- iii. Die Termine richten sich nach Teil F „Vertragsterminplan“.
- iv. Die Vergütung für den Liefer- und Leistungsumfang richtet sich nach Ziff. 9.3.

1.2 Leistungserbringung

(1) Der Vertrag tritt vollständig in Kraft mit dem Erhalt der Mitteilung des Auftraggebers der Auftragsvergabe (Zuschlag) zusammen mit der zugehörigen Vertragsvereinbarung und deren Anhänge an den Auftragnehmer.

(2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Vertragsleistung eigenverantwortlich und auf eigenes wirtschaftliches und technisches Risiko, sicher, effizient und termingerecht sowie kosten- und wirtschaftlich optimiert, und zwar unter Erfüllung und Einhaltung des Stands der Technik und den anerkannten Regeln der Technik zum Zeitpunkt der Abnahme, gesetzlichen Vorschriften, untergesetzlichen Normen sowie behördlichen Bestimmungen und Zulassungen zu erbringen.

(3) Der Auftragnehmer ist verantwortlich für seine Leistungen auf der Baustelle. Die Verkehrssicherungspflichten im Rahmen der Ausübung dieses Vertrages und der Erbringung seiner Leistungen werden auf den Auftragnehmer übertragen.

(4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die von ihm zu erbringenden Leistungen so auszuführen, dass der Betrieb der existierenden Anlagen und die anderen Sanierungsmaßnahmen zu keinem Zeitpunkt beeinträchtigt werden, und sowohl durch organisatorische als auch bauliche Schutzmaßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass die Anlagen im Rahmen, der von ihm zu erbringenden Leistungen nicht beschädigt werden. Weiterhin ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Ausführung

der von ihm gem. Teil B.1 Ziff. 4.1.3.2 zu ergreifenden Schutzmaßnahmen spätestens 3 Werktage vor dem Beginn seiner Arbeiten in dem Bereich der zu schützenden Anlagen und Einrichtungen dem Auftraggeber anzuzeigen.

Im Fall eines Schadens an den in Teil B1, Ziff. 4.1.3 aufgeführten schützenswerten Anlagen hat der Auftragnehmer nachzuweisen, dass die Beschädigung nicht im Rahmen der Ausführung seiner Leistung entstanden oder auf unzureichende Schutzmaßnahmen zurückzuführen ist, wenn er die Beweissicherung nicht durchgeführt oder dem Auftragnehmer nicht übergeben hat. Das gleiche gilt, wenn die rechtzeitige Anzeige der Ausführung der Schutzmaßnahmen vor dem Beginn der Arbeiten unterblieben ist.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, spätestens 14 Kalendertage vor Beginn der Sanierung schriftlich oder per E-Mail anzuzeigen, wann er mit dessen Ausführung beginnen wird. Der Auftraggeber teilt dem Auftragnehmer unverzüglich mit, falls die geplante Ausführung aus betrieblichen Gründen nicht möglich ist.

1.3 Vollständigkeit und Funktionalität

(1) Der Auftragnehmer als Fachunternehmer ist verpflichtet, seinen Liefer- und Leistungsumfang so zu planen, zu liefern, zu montieren, zu erproben und in Betrieb zu setzen, dass alle Teile enthalten sind, die zum einwandfreien Betrieb und der Instandhaltung notwendig sind, und der die vereinbarte Beschaffenheit sowie die zugesicherten Beschaffenheitsmerkmale gemäß **Ziff. 2.1** aufweist.

Der Auftragnehmer sichert zu, dass die Anlage betriebssicher ist, dass alle Anlagenteile funktional und wirtschaftlich optimal aufeinander abgestimmt sind und die Genehmigungsanforderungen sowie sonstige Anforderungen an die IT-Infrastruktur des Auftraggebers und solche, die sich aus dem Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSIG) in Verbindung mit der Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen (BSI-KritisV) ergeben - eingehalten werden. Soweit einschlägig, sind insbesondere die Anforderungen des § 9 b Abs. 3 BSIG zu beachten und entsprechende Herstellererklärungen („sog. „Garantieerklärung“) für die betreffenden Komponenten abzugeben. Der Auftraggeber weist ausdrücklich darauf hin, dass zur vollständigen Leistungserbringung auch die bis zur Abnahme erforderlichen Prüfungen, Wartungs-, Inspektions- und Instandsetzungsarbeiten sowie der Wechsel von Verschleißteilen gehören.

Die Pflichten aus diesem **Abs. 1** gelten auch, wenn dazu erforderliche Einzelheiten nicht in diesem Vertrag oder seinen Anlagen aufgeführt sind.

(2) Leistungen, die zur Erfüllung des Vertragszwecks notwendig sind, sind vom Auftragnehmer unter Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Anforderungen, insbesondere der Sicherheitsvorschriften auszuführen, auch wenn sie im Einzelnen nicht, nicht vollständig oder nicht korrekt beschrieben bzw. nicht ausdrücklich angeführt sind.

1.4 Öffentlich-rechtliche Anforderungen

(1) Der Auftragnehmer hat die zum Zeitpunkt der Abnahme in der Bundesrepublik Deutschland bzw. im Land Berlin gültigen Gesetze und Verordnungen sowie die Anforderungen der Behörden zu erfüllen, gerichtliche Entscheidungen zu beachten und die technischen Regeln, Normen und Richtlinien einzuhalten.

Der Auftragnehmer sichert unabhängig von einem Verschulden zu, dass er bezüglich seines Leistungsumfangs sämtliche öffentlich-rechtlichen Anforderungen, insbesondere hinsichtlich der Entsorgung des Bauschutts und des Umgangs mit gefährlichen Stoffen, vollumfänglich einhält, soweit nicht anders im Vertrag vereinbart, und die Voraussetzungen für die Erteilung erforderlicher Genehmigungen oder sonstige behördlichen Zustimmungen herbeiführt.

Die zuständigen Sachverständigen (z. B. „benannte Stelle“ oder ZÜS, Prüfsachverständiger Brandschutz, Prüfstatiker usw.) gelten ebenfalls als Behörden i. S. d. Ziff. 1.4. Abs.1. Bei den öffentlich-rechtlichen Anforderungen handelt es sich auch um zugesicherte Beschaffenheitsmerkmale gemäß Ziff. 2.

(2) Der Auftragnehmer hat fristgerecht die Zuarbeiten zu leisten, die zur Einholung der öffentlichen Erlaubnisse, Zulassungen und Genehmigungen durch den Auftraggeber erforderlich sind und ihm die dafür erforderlichen Informationen und Unterlagen (z.B. Pläne) zur Verfügung stellen. Diese Unterlagen können der Dokumentenliste Anlage **Teil C2.1 [Projektdokumentation]** entnommen werden, wobei diese keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass seine notwendigen Zuarbeiten für die Einholung der erforderlichen öffentlich-rechtlichen Zulassungen rechtzeitig bzw. nach schriftlicher Anforderung des Auftraggebers spätestens innerhalb von 14 Kalendertagen beim Auftraggeber vorliegen.

(3) Sollte der Auftragnehmer die öffentlich-rechtlichen Anforderungen bezüglich seines Leistungsumfanges bis zur Abnahme nicht erfüllen oder nicht in der Lage sein, die Voraussetzungen einer Abnahme herbeizuführen, stehen dem Auftraggeber u. a. die Rechte gemäß **Ziff. 2.2** zu.

(4) Eventuelle Änderungen aufgrund möglicher Änderungsanzeigen und Änderungsgenehmigungen, nachträglicher Anordnungen, behördlicher Auflagen und/oder Nebenbestimmungen, die den Leistungsteil des Auftragnehmers betreffen und von diesem verursacht sind, stellen ausdrücklich keine vergütungspflichtige Änderungs- bzw. Zusatzleistungen dar.

(5) Im Übrigen ist in Bezug auf die Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften **Teil C5 „Umwelt, Kreislauf-/Abfallwirtschaft und Gefahrgut“** einzuhalten.

1.5 Vorleistungen des Auftraggebers

(1) Dem Auftragnehmer wurden und werden Unterlagen im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens übermittelt. Der Auftraggeber weist ausdrücklich darauf hin, dass sämtliche Unterlagen und Vorleistungen – insbesondere die Leistungsbeschreibung gemäß der **Teile B** – zum Zweck der Angebotserarbeitung und Verhandlung ohne Anspruch auf Vollständigkeit, Richtigkeit und Widerspruchsfreiheit erstellt wurden.

(2) Soweit in diesem Vertrag nicht etwas anderes geregelt ist, bleibt die Risikotragung des Auftragnehmers zur Erstellung einer betriebs- und funktionstüchtigen Anlage sowie deren Schnittstellen zu den anderen Gewerken von diesen Angaben unberührt. Die Parteien sind sich einig, dass mit Vertragsunterschrift alle notwendigen Informationen zur Bewertung von Risiken bzgl. Terminen und Preisen (inkl. Abfallmengen) dem Auftragnehmer vorliegen und bei der Kalkulation der Nettoabrechnungssumme eingeflossen sind. Die vollständige Ausführungsplanung wird dem Auftragnehmer nach Beauftragung zur Verfügung gestellt.

1.6 Sichtvermerke und Zustimmungen

(1) Sichtvermerke, Zustimmungen, Freigaben, Genehmigungen etc. des Auftraggebers entbinden den Auftragnehmer nicht von seiner Sorgfaltspflicht und schränken weder seine Verantwortlichkeit zur Erfüllung des Liefer- und Leistungsumfanges ein noch konkretisieren sie ihn.

(2) Die Parteien sind sich darüber einig, dass weder in den Angaben und Vorleistungen des Auftraggebers nach **Ziff. 1.6** noch nach den nach diesem Vertrag vorgesehenen „Sichtvermerken“ durch den Auftraggeber eine Anordnung gemäß **Ziff. 1.8** liegt.

1.7 Bedenken und Hinweispflicht

(1) Hat der Auftragnehmer Bedenken gegen die vom Auftraggeber überreichten Unterlagen (oder erkennt er in diesen Widersprüche), gegen die vorgesehene Art der Ausführung, gegen die Güte der ggf. vom Auftraggeber gelieferten Stoffe oder Bauteile, gegen seine Termintreue oder gegen die Leistungen und/oder Termintreue anderer Unternehmen (insbesondere anderer Losauftragnehmer), so hat er sie dem Auftraggeber unverzüglich – möglichst schon vor Beginn der Arbeiten – schriftlich mitzuteilen.

(2) Sobald die ordnungsgemäße Erbringung der Vertragsleistung und damit der reibungslose Gesamtablauf des Bauvorhabens gefährdet erscheint, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich informieren, um sein Einschreiten zu ermöglichen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alles Zumutbare zu unternehmen, um den Grund für die Störung des Gesamtablaufes selbst zu beseitigen und den Auftraggeber bei seinem Einschreiten gegen den Störungsgrund zu unterstützen.

(3) Die Verantwortung des Auftragnehmers wird nicht dadurch eingeschränkt, dass er Vorschläge des Auftraggebers unwidersprochen befolgt oder der Auftraggeber Vorschlägen des Auftragnehmers zustimmt oder nicht widersprochen hat.

(4) Der Auftragnehmer wird von der Erfolgshaftung nur in dem von ihm darzulegenden und zu beweisenden Ausnahmefall frei, dass

- a) ein Mangel des Werkes ausschließlich auf einer generell ungeeigneten, eindeutigen und verbindlichen Anordnung des Auftraggebers beruht, welche dem Auftragnehmer keine Wahl lässt, sondern unbedingt befolgt werden muss, und

- b) der Auftragnehmer seiner Pflicht zur intensiven Prüfung der Anordnung und zum Hinweis auf berechtigte Bedenken gegen die Anordnung im Hinblick auf die Erfolgserreichung hinreichend nachgekommen ist.

(5) Eine Einstellung seiner Arbeiten ist dem Auftragnehmer nicht gestattet, es sei denn, gesetzliche oder behördliche Bestimmungen würden dem Entgegenstehen. In diesen Fällen hat der Auftragnehmer alles zu tun, was ihm billigerweise zugemutet werden kann, um die Weiterführung der Arbeiten zu ermöglichen.

2 Zugesicherte Beschaffenheitsmerkmale

2.1 Beschaffenheitsmerkmale

Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass der Vertragsgegenstand zum Zeitpunkt der Abnahme nach Ziff. 11 (*falls in diesem Vertrag ein abweichender Zeitpunkt geregelt ist, gilt dieser*) bezüglich seines Leistungsumfanges die öffentlich-rechtlichen Anforderungen resultierend aus Ziff. 1.4 erfüllt

2.2 Rechtsfolgen bei Nichteinhaltung / Verletzung der in Ziff. 2.1 genannten Beschaffenheitsmerkmale

(1) Weist der Vertragsgegenstand zum Zeitpunkt der Abnahme (falls in diesem Vertrag ein abweichender Zeitpunkt geregelt ist, gilt dieser) nicht die in **Teil B1 Ziff. 4 [Überblick – Funktionale Anforderungen]** aufgeführten funktionalen Anforderungen auf, steht dem Auftraggeber ein Anspruch auf Zahlung der gemäß **Ziff. 14.5** festgesetzten pauschalierten Schadenersatzansprüche zu. Weiterhin steht dem Auftraggeber unter den Voraussetzungen von **Ziff. 16** ein Kündigungsrecht bzw. alternativ ein Recht zum Rücktritt von diesem Vertrag gemäß § 346 BGB zu.

(2) Sollte der Vertragsgegenstand nicht die „zugesicherten Beschaffenheitsmerkmale Genehmigung“ trotz einer dem Auftragnehmer zustehenden Nachbesserungsfrist von drei Monaten aufweisen und führt dies dazu, dass die vorliegenden Genehmigungen/Zulassungen etc.

- ganz oder teilweise widerrufen oder nicht erteilt werden bzw.
- der Vertragsgegenstand ganz oder teilweise nicht genehmigungs- oder zulassungsfähig (etc.) ist bzw.
- der Vertragsgegenstand aufgrund fehlender öffentlich-rechtlicher Anforderungen nicht oder nur eingeschränkt bestimmungsgemäß eingesetzt werden kann,

hat der Auftraggeber ein Kündigungsrecht aus wichtigem Grund gemäß **Ziff. 16**. Alternativ steht ihm ein Recht zum Rücktritt von diesem Vertrag gemäß § 346 BGB zu. Sämtliche weiteren Rechte des Auftraggebers bleiben hiervon unberührt, insbesondere – ohne hierauf beschränkt zu sein –

führt die Nachbesserungsfrist nicht zu einer Verschiebung der vereinbarten Vertragstermine gemäß **Ziff. 4**.

(3) Die Rechte aus den vorstehenden Abs. (1) und (2) stehen dem Auftraggeber nicht zu, wenn der Auftragnehmer nachweist, dass er das Nichterreichen der zugesicherten Beschaffenheitsmerkmale gemäß **Ziff. 2.1** nicht zu vertreten hat.

2.3 Abweichender Zeitpunkt

Die Regelungen der **Ziff. 2.1** und **Ziff. 2.2** gelten entsprechend, wenn bereits vor der Abnahme des Vertragsgegenstandes feststeht, dass der Auftragnehmer nicht in der Lage ist, die Voraussetzungen einer Abnahme herbeizuführen.

3 Zusatz- und Änderungsleistungen

(1) Da als Vergütung der Leistung die Preise gemäß **Vertragsteil D „Zahlungen, Preislisten, Zahlungsmeilensteine“** vereinbart sind, bleibt die Vergütung grundsätzlich unverändert.

(2) Begehrt der Auftraggeber

- a) eine Änderung des vereinbarten Leistungssolls oder
- b) eine Änderung, die zur Erreichung des vereinbarten Leistungssolls notwendig ist,

dann streben die Parteien eine einvernehmliche Regelung der Änderung und der damit verbundenen Mehr- oder Mindervergütung an. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber ein Angebot über die Mehr- oder Mindervergütung zu unterbreiten. Im Übrigen gilt § 650b BGB. Mit Mitteilung der begehrten Änderungen/Ergänzungen teilt der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine Änderungsangebotsnummer mit. Diese ist für den nachfolgenden Schriftverkehr, der die begehrten Änderungen/Ergänzungen der vertraglich festgelegten Leistungen betrifft, stets zu verwenden. Die Parteien verhandeln sodann über den Inhalt des Änderungsangebots mit dem Ziel, diese innerhalb von 15 Kalendertagen seit Zugang des Änderungsbegehrens beim AN abschließend zu vereinbaren. Der AG lädt das unterzeichnete Änderungsangebot sowie seine Bestellung auf dem SharePoint hoch und benachrichtigt den AN mit dem Link.

(3) Das nach vorstehendem **Abs. 2** vom Auftragnehmer vorzulegende Angebot ist dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mit folgendem Inhalt zu übergeben:

- a) Nachweis, dass das Änderungsbegehren vom vereinbarten Leistungsumfang noch nicht erfasst ist
- b) Angabe der Auswirkungen des Änderungsbegehrens auf die Vertragsleistungen

- c) Angabe der Auswirkungen des Änderungsbegehrens auf die zeitlichen Vereinbarungen und Planungen.
- d) Angabe der Auswirkungen des Änderungsbegehrens auf die Kosten, aufgeschlüsselt in Mehr- und Minderkosten und ergänzt durch nachvollziehbare Mengenermittlungen.

Hierfür ist vom Auftragnehmer das Formular **Teil A7 „Änderungsangebot“** zu verwenden.

(4) Erzielen die Parteien binnen 15 Kalendertagen seit Zugang des Änderungsbegehrens beim Auftragnehmer keine einvernehmliche Regelung im vorgenannten Sinne, ist der Auftraggeber berechtigt, die Änderung gegenüber dem Auftragnehmer in Textform (§126 b BGB) anzuordnen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, der Anordnung des Auftraggebers Folge zu leisten. Im Übrigen gelten die Regelungen des § 650b Abs. 2 S. 2 und 3 BGB.

(5) Sollte dem Auftragnehmer ein Vergütungsanspruch zustehen, bestimmt sich dessen Höhe für den infolge einer Anordnung des Auftraggebers vermehrten oder verminderten Aufwand nach den tatsächlichen erforderlichen Kosten mit angemessenen Zuschlägen für allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn. Als angemessen werden Zuschläge von insgesamt 5 % zwischen den Parteien vereinbart.

Im Übrigen geltend die gesetzlichen Bestimmungen.

(6) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber jede Änderung oder Ergänzung des Leistungsumfanges, die sich bei der Ausführung als erforderlich erweist, mitzuteilen. Dies gilt insbesondere bei erforderlichen Änderungen von Auslegungs-, Prüf- und Fertigungsunterlagen sowie für auftretende Abweichungen von festgelegten Fertigungs- und Prüfabläufen sowie Qualitätsmerkmalen. Für den, diese Änderungen/Ergänzungen betreffenden Schriftverkehr teilt der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine Änderungsangebotsnummer mit. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber in diesen Fällen in den Prozess der Entscheidungsfindung über das weitere Vorgehen einbinden und dadurch in die Lage versetzen, andere von den Änderungen betroffene Stellen rechtzeitig zu informieren. Dem Auftraggeber ist ein prüffähiges Angebot über die erforderlichen Leistungen zu übergeben. Die Ausführung der Änderungen oder Zusatzleistungen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Nach Freigabe durch den Auftraggeber ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Arbeiten unverzüglich aufzunehmen. Der Auftraggeber wird nachfolgend eine Nachtragsbestellung fertigen. Jede Änderung oder Ergänzung des Leistungsumfanges ist durch den Auftragnehmer gesondert zu erfassen, fortlaufend zu nummerieren und von Anfang an nachprüfbar zu dokumentieren.

Sofern der Auftraggeber die Änderung/Ergänzung der vertraglich festgelegten Leistung nicht zustimmt oder keine einvernehmliche Regelung gefunden wird, kann der Auftraggeber das Änderungsangebot ablehnen.

4 Termine

4.1 Vertragstermine und Terminplan

(1) Die zwischen den Parteien vereinbarten Vertragstermine ergeben sich aus dem **Teil E [Vertragsterminplan]**. Die Vertragstermine sind verbindliche Vertragsfristen, bei deren schuldhafter Überschreitung der Auftragnehmer in Verzug gerät, ohne dass es einer Mahnung des Auftraggebers bedarf

(2) Nach Vertragsschluss wird der Auftragnehmer zu dem vereinbarten Vertragstermin (vgl. **Teil E [Vertragsterminplan]**) dem Auftraggeber einen Detailterminplan zu dem von ihm geplanten Bauablauf übergeben, der nach gemeinsamer Abstimmung zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber Vertragsbestandteil wird (**gemäß Teil C7**). Die Einzeltermine stehen im Rahmen der Abstimmung über den Bauablauf zur Disposition der Parteien (mit Ausnahme der Vertragstermine in **Teil E**). Bei schuldhafter Überschreitung der in dem Detailterminplan enthaltenen Einzeltermine gerät weder der Auftragnehmer noch der Auftraggeber automatisch in Verzug.

4.2 Pönalisierte Termine (Vertragsstrafentermine)

Termine, die einer Vertragsstrafe wegen Verzugs (Pönale) unterliegen, sind dem **Teil E [Vertragsterminplan]** zu entnehmen (dort gesondert gekennzeichnet).

4.3 Termingefährdung/ Terminverschiebungen

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber erkennbar werdende Termingefährdungen von Vertrags-/Vertragsstrafenterminen unverzüglich schriftlich mitzuteilen und in Abstimmung mit ihm angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um Verzögerungen zu vermeiden und möglichst gering zu halten. Dies gilt insbesondere auch – aber nicht ausschließlich – wenn die Termingefährdung aus der Schnittstellenbearbeitung und/oder aus Gründen aus der Sphäre des Auftraggebers bzw. technischer/vertraglicher Unklarheiten resultiert.

(2) Dieselben Verpflichtungen des Auftragnehmers bestehen, wenn der Auftraggeber ihn auf eine Termingefährdung hinweist und zum Ergreifen entsprechender Maßnahmen auffordert. Wenn Arbeitskräfte, Geräte, Gerüste, Stoffe oder Bauteile so unzureichend sind, dass die Ausführungsfristen offenbar nicht eingehalten werden können, muss der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers unverzüglich Abhilfe schaffen.

(3) Daraus entstehende Kosten sind vom Auftragnehmer zu tragen, es sei denn, der Auftraggeber hat die Verzögerung zu vertreten.

(4) Der Auftraggeber hat Verzögerungen aufgrund der anderen Lose – soweit vorhanden – nur dann zu vertreten, wenn der Auftragnehmer seinen eigenen Leistungsumfang einschließlich der

beschriebenen Schnittstellen hinreichend überprüft und vertrags- und termingerecht erbracht hat und seiner Verpflichtung zur Anmeldung von Bedenken (**Ziff. 1.8**) bzw. Termingefährdungen (**Ziff. 4.3**) sowie zum partnerschaftlichen Zusammenwirken mit den anderen Losauftragnehmern unverzüglich und umfassend nachgekommen ist. Die Rechte des Auftragnehmers richten sich in diesem Fall nach den Voraussetzungen der **Ziff. 5**.

(5) Sollte es – aus welchen Gründen auch immer – zu Terminverschiebungen kommen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, unverzüglich gemeinsam mit dem Auftraggeber die Vertragstermine (**Teil E [Vertragsterminplan]**) und dazugehörige Terminpläne, einschließlich der im Detailterminplan enthaltenen Einzeltermine anzupassen. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung trotz schriftlicher Aufforderung nicht nach und/oder können die Parteien keine Einigkeit über die anzupassenden Termine finden, kann der Auftraggeber einen anerkannten, bei einer IHK zugelassenen, Sachverständigen beauftragen neue Vertragstermine festzulegen. Er wird hierbei die Interessen beider Parteien angemessen berücksichtigen.

(6) Im Fall, dass die Vertragsterminverschiebung durch einen Verzug des Auftragnehmers bedingt wurde, führt weder die gemeinsame Terminanpassung noch die nach vorstehender Regelung festgelegten neuen Vertragstermine zu einer Verschiebung der ursprünglich vereinbarten Vertragstermine. Gemeinsam angepasste oder nach vorstehender Regelung festgelegte Termine/Terminpläne stellen jedoch die praktische Grundlage für die weitere Ausführung dar.

(7) Im Fall, dass die Terminverschiebung durch eine Behinderung des Auftraggebers verursacht wurde, gelten entweder die gemeinsam oder die durch den Sachverständigen festgelegten Termine als neue verbindliche Vertragstermine.

Da die gemäß vorstehender **Ziff. 4.2** vereinbarten Vertragsstrafen sich jeweils auch auf ein Ereignis beziehen, gelten die Vertragsstrafenregelungen in diesem Fall automatisch auch für die für das jeweilige Ereignis angepassten Termine, ohne dass es einer gesonderten Vereinbarung zwischen den Parteien bedarf.

5 Behinderungen und Unterbrechungen

(1) Der Auftragnehmer kann wegen Behinderungen und Unterbrechungen nur dann Ansprüche geltend machen, wenn er dem Auftraggeber unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 10 Kalendertagen nach Erkennbarkeit, schriftlich anzeigt, dass er in der Erbringung der Vertragsleistungen behindert ist, und zwar unter Anzeige der voraussichtlichen Konsequenzen **auf die Vertragstermine und die damit verbundenen Kosten** der Behinderung. Die Behinderungsanzeige muss dem Warn-, Informations- und Schutzinteresse des Auftraggebers gerecht werden. Die Behinderungsanzeige muss insbesondere, ohne hierauf beschränkt zu sein, alle Tatsachen enthalten, aus denen sich für den Auftraggeber mit hinreichender Klarheit die Gründe der Behinderung ergeben, und zudem Angaben dazu, ob und wann die Vertragsleistungen, die ausgeführt werden müssten, nicht oder nicht wie vorgesehen ausgeführt werden können.

(2) Der Auftragnehmer hat alles zu tun, was ihm billigerweise zugemutet werden kann, um die Weiterführung der Arbeiten zu ermöglichen. Sobald die hindernden Umstände wegfallen, hat er ohne weiteres und unverzüglich die Arbeiten wieder aufzunehmen und den Auftraggeber davon zu unterrichten.

(3) Witterungseinflüsse während der Ausführungszeit, mit denen bei Abgabe des Angebots normalerweise gerechnet werden musste, gelten nicht als Behinderung. Aus gewöhnlicher Witterung resultierende Erschwernisse sind in das Angebot einzukalkulieren, hieraus resultierende Aufwendungen werden nicht zusätzlich vergütet.

Zum Nachweis einer etwaig außergewöhnlichen Witterung hat der Auftragnehmer soweit möglich die Quellen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) zurückzugreifen. Eine Witterung ist außergewöhnlich, wenn diese von den durchschnittlichen Werten innerhalb eines Referenzzeitraums von 10 Jahren am Ausführungsort abweicht. Der Auftragnehmer hat neben dem Vorliegen der außergewöhnlichen Witterung auch die konkreten Auswirkungen auf die geplanten Leistungen darzulegen.

Soweit die Ausführung infolge von ungewöhnlicher Witterung behindert wird, werden die Ausführungsfristen um den Zeitraum der Behinderung verlängert. Monetäre Ansprüche für eine längere Bauzeit infolge außergewöhnlicher Witterung können durch den Auftragnehmer nicht geltend gemacht werden.

Soweit der AG gesonderte Anweisungen zur Ausführung von Arbeiten trifft, um Leistungen auch bei ungewöhnlicher Witterung ausführen zu lassen, werden die erforderlichen Maßnahmen nach einer zwischen den Parteien gesonderten gemeinsam zu treffenden Vereinbarung vergütet.

(4) Die Parteien sind sich darüber einig, dass der Auftragnehmer aus Behinderungen und Unterbrechungen keinerlei Ansprüche herleiten kann, wenn deren Ursache, Dauer, Umfang oder Folgen in seinen Verantwortungsbereich fallen. Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass während seiner Leistungserbringung gleichzeitig eine Vielzahl von anderen Gewerken auf der Baustelle tätig sind und dass er sich hieraus ergebende eventuelle Störungen und Behinderungen zeitlich und finanziell einkalkulieren muss.

(5) Der Auftragnehmer kann wegen Behinderungen und Unterbrechungen nur dann Ansprüche geltend machen, **sich die Behinderungen und Unterbrechungen kritisch auf pönalisierte Termine bzw. Zwischentermine oder den Termin der Abnahme nach Ziff. 11 auswirken**, Anspruchsgrund und **Anspruchshöhe innerhalb von 30 Kalendertagen nach der schriftlichen Anzeige gemäß Abs. (1)** begründet sowie schlüssig und plausibel dargelegt und bewiesen hat und hierbei mindestens folgende Angaben macht:

Anspruchsgrund

aa) Nachweis der formalen Voraussetzungen und Anspruchsgrundlagen

bb) Begründete Darstellung der durch die jeweilige Ursache kausal entstandenen konkreten Behinderung und des Umfangs sowie des behaupteten Schadens im Sinne einer konkreten bauablaufbezogenen Darstellung der jeweiligen Zusammenhänge entsprechend Stand der Technik und Nachweis einer resultierenden Verschiebung eines pönalisierten Termins bzw. Zwischentermins

oder des Abnahmeterrins nach Ziff.11. Die konkrete bauablaufbezogene Darstellung muss dabei

- ausgehend vom tatsächlichen Baufortschritt zum Zeitpunkt des Eintritts des Verzugsereignisses
- nachweisen, inwiefern ein pönalisierter Termin bzw. Zwischentermin oder der Abnahmeterrin unter Beibehaltung der im Detailterminplan vereinbarten Arbeitssequenz und Logik für die verbleibenden Arbeiten, verschoben werden muss, um dem Verzugsereignis Rechnung zu tragen.

Es steht dem Auftraggeber frei, die konkrete bauablaufbezogene Darstellung durch einen unabhängigen Dritten bewerten zu lassen.

cc) Nachweis der Leistungsbereitschaft des Auftragnehmers zum Zeitpunkt des Auftretens der Behinderung oder Unterbrechung

Es müssen auch eventuelle Umstände, die gegen eine Behinderung sprechen und eigene Verzüge des Auftragnehmers berücksichtigt werden.

Anspruchsumfang/Anspruchshöhe

aa) Konkrete Darlegung der Höhe bzw. des Umfangs des Anspruchs für den Zeitraum des kritischen Verzuges. Eine abstrakte Berechnung, z. B. auf Grundlage baubetriebswirtschaftlicher Gutachten oder die Berufung auf Rentabilitätsvermutungen ist nicht ausreichend.

bb) Konkrete Darlegung der Kausalität zwischen der Behinderung und den Behinderungsfolgen, der jeweiligen Projektabläufe mit und ohne Behinderung sowie einer Zuordnung der tatsächlichen und kalkulatorischen Aufwendungen:

- Darlegung im Einzelnen, wie der Bauablauf insgesamt geplant war und wann es bei konkreten Personen oder Gruppen bzw. Baumaschinen und -geräten zu welchen Stillständen gekommen ist, die durch rechtzeitig geplante und/oder vorgezogene anderweitige Maßnahmen und Aufträge nicht ausgeglichen werden konnten.
- Eine genaue Aufstellung darüber, welche Arbeitskräfte und -mittel (Maschinen u.ä.) entgegen der ursprünglichen Planung weder auf der Baustelle des Auftraggebers noch auf anderen Baustellen oder sonst anderweitig eingesetzt werden konnten und welche sonstigen ganz bestimmten Nachteile und Verluste der Auftragnehmer gerade wegen der jeweiligen Bauzeitverzögerung erlitten hat.
- Beansprucht der Auftragnehmer Gemeinkosten (AGK und/oder BGK) für die Zeit der Behinderung, muss er darlegen und beweisen, aus welchen Gründen diese nicht in den tatsächlich in diesem „Behinderungszeitraum“ ausgeführten Leistungen für andere Auftraggeber oder sonstige Ersatzmaßnahmen kalkulatorisch enthalten waren.

cc) Die Anspruchshöhe muss angemessen sein. Dies gilt auch für die Gemeinkosten. Die Geltendmachung von entgangenem Gewinn und Wagnis ist jedoch ausgeschlossen.

Die Parteien sind sich darüber einig, dass sich Ansprüche des Auftragnehmers aus Behinderungen und Unterbrechungen ausschließlich nach den vorgenannten Regelungen und nicht nach **Ziff. 3** richten. Bei unvollständigem, mangelhaftem oder verspätetem Nachweis durch den AN besteht

kein Anspruch auf Erstattung von Mehrkosten und der vereinbarte Detailterminplan bleibt bestehen und bindend.

(6) Bei erfolgreichem und rechtzeitigem Nachweis des Anspruchsgrundes und des Anspruchsumfanges bzw. der Anspruchshöhe durch den AN vereinbaren die Parteien einen revidierten Detailterminplan im Sinne von **Ziff. 4.1 Abs. 2** auf Grundlage der konkreten bauablaufbezogenen Darstellung.

6 Ausführung

6.1 Leistungsort

(1) Leistungs- und Erfüllungsort ist:

Köpenicker Chaussee 42, 10317 Berlin, Deutschland

(2) Für alle an ihn gerichteten Lieferungen zum Leistungsort hat der Auftragnehmer Sorge zu tragen, dass er als ausschließlicher Empfänger benannt wird und seine Versandanschrift angegeben wird.

6.2 Örtliche Verhältnisse

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich ausreichend über die örtlichen Verhältnisse sowie über öffentlich-rechtliche Pflichten, soweit dies zur Erbringung seiner Leistung erforderlich ist, zu informieren. Er bestätigt, dass er hierzu im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens ausreichend Gelegenheit hatte.

(2) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer einschlägige Angaben über die Untergrundbedingungen und die hydrologischen Verhältnisse der Baustelle sowie die Umweltaspekte zur Verfügung gestellt. Für die Überprüfung der Richtigkeit dieser Angaben ist der Auftragnehmer verantwortlich. Der Auftraggeber ist nicht verantwortlich für die Genauigkeit, das Ausreichen und die Vollständigkeit dieser Angaben, sofern dieser Vertrag, nichts anderes bestimmt.

6.3 H&S bei Bau, Montage und Inbetriebsetzung

(1) Der Auftragnehmer hat den Vertragsteil **Teil C4 [Arbeits- & Gesundheitsschutz und Sicherheit]** mit allen Anlagen und Anhängen, einschließlich der beigefügten Prozeduren, sowie die gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften vollumfänglich einzuhalten und zu erfüllen. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Unfallverhütung und Sicherheit zu seinen Unternehmenswerten gehören und er daher im besonderen Maße auf die Einhaltung der vorgenannten Regelungen und Vereinbarungen Wert legt. Der Auftragnehmer ist sich seiner diesbezüglichen Verantwortung bewusst und wird alles unternehmen bzw. unterlassen, um seinen Leistungsumfang mit dem höchsten Standard an Unfallverhütung und Sicherung zu erbringen. Bei Verletzung der vorgenannten Regelungen stehen dem Auftraggeber die gesetzlichen und vertraglichen Rechte, insbesondere aus **Ziff. 16. Abs. 1** zu.

(2) Bei berechtigten HS-Anordnungsmaßnahmen des Auftraggebers handelt es sich ausdrücklich um keine Behinderung im Sinne der **Ziff. 5** und sämtliche diesbezüglichen Ansprüche des Auftragnehmers sind ausgeschlossen; sie können jedoch dazu führen, dass der Auftragnehmer mit seinen Leistungen in Verzug gerät.

6.4 Einhaltung von Umweltvorschriften durch den Auftragnehmer

(1) Die Einhaltung von Umweltvorschriften durch den Auftragnehmer ist in **Teil C.5 [Umwelt, Kreislauf-/Abfallwirtschaft und Gefahrgut]** geregelt. Weitere Einzelheiten sind in **Teil C.4.2 [Sicherheitsplan und Baustellenordnung]** enthalten.

(2) Beim Einsatz von Subunternehmen ist der Auftragnehmer dafür verantwortlich, dass diese ebenfalls die vorstehenden Verpflichtungen einhalten.

6.5 Arbeitszeitgenehmigung

(1) Die Arbeitszeit regelt sich insbesondere nach dem Arbeitszeitgesetz (ArbZG) und nach den Auflagen der Genehmigungen in Hinblick auf die Emissionsauswirkungen der Sanierungsarbeiten auf die Umgebung.

Der Regelbetrieb der Baustelle wird vom Auftraggeber mit Montag – Samstag, jeweils in der Zeit von 7:00 bis 20:00 Uhr definiert. Aktivitäten des Auftragnehmers außerhalb des vorgenannten Zeitraums sind grundsätzlich möglich, bedürfen jedoch der Zustimmung des Auftraggebers. Ein Anspruch auf Zustimmung besteht nicht.

(2) Es wird darauf hingewiesen, dass entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen Arbeiten an Sonn- und Feiertagen von dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamt nur in besonderen Ausnahmefällen genehmigt werden. Für die rechtzeitige Einholung derartiger Genehmigungen ist der Auftragnehmer verantwortlich.

6.6 Einhaltung Arbeitnehmerentendengesetz und Mindestlohngesetz, Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz etc.

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Bestimmungen des Arbeitnehmerentendengesetzes (AEntG) und des Mindestlohngesetzes (MiLoG), des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG), des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG), der Sozialgesetzbücher (SGB), der Verordnung über die Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern (Beschäftigungsverordnung – BeschV), des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) sowie des Berliner

Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerlAVG) in der jeweils aktuell gültigen Fassung bei der Auftragsabwicklung.

(2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich zu informieren, soweit gegen ihn oder einen seiner Subunternehmer ein Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen eines Verstoßes gegen die unter **Abs. 1** genannten Vorschriften geführt wird bzw. er von einem solchen Verfahren Kenntnis erlangt.

(3) Der Auftragnehmer stellt durch geeignete Maßnahmen sicher, dass die vorgenannten Bestimmungen (**Abs. 1**) eingehalten werden.

Der Auftragnehmer hat insbesondere zu dokumentieren, welche Nachunternehmer in welchem Nachunternehmerverhältnis für die Vertragsausführung des Auftraggebers tätig sind, die regelmäßige Anzahl der Beschäftigten jedes Nachunternehmers sowie das Datum der letzten Kontrolle dieser Nachunternehmer z.B. durch einen entsprechenden Eintrag im Bautagebuch.

Weiterhin ist der Auftragnehmer verpflichtet, vor Ausführung des Auftrages dem Auftraggeber Arbeitnehmerlisten vorzulegen, in denen er angibt, welche Arbeitnehmer er bei der Ausführung beschäftigen wird. Ziel der Arbeitnehmerlisten ist die Möglichkeit eines Abgleiches bei eventuellen späteren Kontrollen nach **Abs. 4**.

(4) Der Auftraggeber ist berechtigt, jederzeit stichprobenweise oder anlassbezogene Kontrollen durchzuführen. In diesen Fällen ist der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, ihm umfassend Auskunft zu erteilen und entsprechende eigene Nachweise und Dokumente sowie Nachweise und Dokumente der von ihm eingesetzten Nachunternehmer einschließlich aller sozialversicherungsrechtlich relevanten Nachweise vorzulegen. In diesem Zusammenhang erklärt sich der Auftragnehmer bereit, dem Auftraggeber auch jederzeit auf dessen Verlangen eine Eigenklärung darüber abzugeben, dass er die unter Abs. 1 genannten Vorschriften einhält.

Der Auftragnehmer hat durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass seine Arbeitnehmer bei eventuellen Kontrollen bereit sind, Eigenklärungen zum Erhalt des Mindestlohnes und zu den sie betreffenden Versicherungen abzugeben.

(5) Der Auftraggeber ist berechtigt, sich bei den vorgenannten Überprüfungen und Kontrollen eines beauftragten Dritten zu bedienen. Der Auftraggeber verpflichtet sich zum vertraulichen Umgang mit den eingereichten Unterlagen sowie dazu, den von ihm eingesetzten Dritten entsprechend zu verpflichten.

(6) Der Auftragnehmer hat seine Nachunternehmer ebenso zur Einhaltung der vorgenannten Bedingungen zu verpflichten. Insbesondere, aber nicht ausschließlich, hat er sicherzustellen, dass Nachunternehmer den vorgenannten Kontrollen einschließlich der Vorlage von Nachweisen und Dokumenten zustimmen und ihre Arbeitnehmer ebenfalls zur Abgabe der unter Abs. 4 geregelten Eigenklärungen verpflichten.

Dies gilt auch im Hinblick auf die Einhaltung der Pflichten durch etwaige Nachunternehmer des Nachunternehmers.

Sämtliche vorgenannten Verpflichtungen gelten somit mit Weitergabeverpflichtung.

(7) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber und seine Mitarbeiter hinsichtlich aller Schäden, Kosten, Aufwendungen usw., die diesem durch die Inanspruchnahme aufgrund einer Verletzung der unter **Abs. 1** benannten Bestimmungen durch den Auftragnehmer bzw. seine Nachunternehmer entstehen, frei bzw. haftet für einen entsprechenden Schadensersatz. Die Freistellungs- und Ersatzverpflichtung umfasst auch mögliche Rechtsverteidigungskosten sowie Geldbußen für den Fall von Verfahren gegen den Auftraggeber.

(8) Im Falle eines Verstoßes gegen die vorgenannten Regelungen ist der Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages berechtigt. Alternativ steht ihm das Recht zu, gemeinsam mit dem Auftragnehmer Maßnahmen zur Verhinderung von zukünftigen Verstößen zu vereinbaren und zu kontrollieren und erst bei einem erneuten Verstoß von seinem Kündigungsrecht Gebrauch zu machen.

(9) BVB Mindeststundenentgelt, BVB Frauenförderung, BVB zur Verhinderung Benachteiligungen und Besondere Vertragsbedingungen (BVB) über Kontrollen und Sanktionen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG) werden Anlagen zum Vertrag. Die Erklärung Frauenförderung muss Gegenstand der EU-Bekanntmachung und vom Bieter ausgefüllt und unterschrieben werden. Sie wird dann ebenfalls Anlage zum Vertrag.

6.7 Einsatz von Nicht-EU-Arbeitnehmern

(1) Für den Einsatz von ausländischen Arbeitnehmern aus Staaten, die nicht zur EU gehören, sowie bei ausländischen Arbeitnehmern aus EU-Mitgliedsländern, mit denen eine volle Freizügigkeit der Arbeitnehmer noch nicht in Kraft ist, gelten die gesetzlichen Bestimmungen zum Einsatz ausländischer Arbeitskräfte. Dazu ist für die zum Einsatz vorgesehenen Arbeitskräfte die Zustimmung des Auftraggebers erforderlich. Der Auftragnehmer wird für den Einsatz von Nicht-EU-Arbeitnehmern eine Ausnahmegenehmigung des Auftraggebers beantragen.

(2) Der Auftragnehmer hat durch entsprechende Vereinbarungen dafür zu sorgen, dass seine Subunternehmer entsprechend verfahren.

6.8 Ansprechpartner und Kommunikation

Der Auftragnehmer benennt dem Auftraggeber innerhalb von sieben (7) Tagen nach Inkrafttreten des Vertrages die folgenden Personen, sowie einen Stellvertreter für jede genannte Funktion:

- Projektleiter
- Bauleiter
- HSE-Manager
- Qualitätsmanager
- Dokumenten Manager

Die benannten Personen müssen die deutsche Sprache in Wort und Schrift verhandlungssicher beherrschen. Weiter müssen die benannten Personen und deren Stellvertreter für die Funktion

geeignet sein, über eine entsprechend ihres Fachgebiets abgeschlossene Berufsausbildung verfügen und in vergleichbaren Projekten Erfahrungen gesammelt haben. Abweichungen hiervon bedürfen der Zustimmung des AG.

6.8.1 Kommunikation zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber

Innerhalb von (7) sieben Kalendertagen nach Inkrafttreten des Vertrages geben die Parteien der jeweils anderen Partei die postalische und elektronische Adresse bekannt, an welche Kommunikationen unter dem Vertrag zugestellt werden sollen.

Wo immer unter diesem Vertrag Festlegungen, Absprachen, Zustimmungen, Freigaben, Zertifikate, Anordnungen, Notifizierungen, Anzeigen oder ähnliche vertragliche relevante Kommunikation erforderlich wird, muss diese Kommunikation folgende Anforderungen erfüllen:

- i. Zustellung an den jeweiligen Projektleiter des AN bzw. AG oder an vom Projektleiter notifizierte, empfangsberechtigte Person, und
- ii. Zustellung per elektronische Zustellung über das DMS (inklusive Information der empfangsberechtigten Personen via E-Mail) (vgl. **Teil C2 [Dokumentation und Datenmanagement]**), oder Zustellung per Hand (gegen Empfangsbestätigung), per Post oder Kurier

Bei Nichteinhaltung der obigen Anforderungen hat die angeschriebene Partei das Recht, die Kommunikation zurückzuweisen oder als gegenstandslos zu betrachten.

Die Klärung von technischen und anderen Details sowie andere nicht vertragsrelevanter Belange kann direkt zwischen den jeweiligen benannten Personen des AG und des AN mindestens per E-Mail stattfinden. Solche Klärungen sind nicht bindend, und begründen insbesondere, aber nicht ausschließlich, keine Nachforderungen oder Terminplananpassungen und stellen keine Anordnungen dar.

6.8.2 Kommunikation mit Behörden und mit dem Betreiber der Anlage

Die (direkte) Kommunikation mit Behörden obliegt ausschließlich den jeweiligen Verantwortlichen des AG, soweit im Vertrag nichts anderes geregelt ist. Behördliche Belange des AN, insbesondere hinsichtlich genehmigungsrechtlicher Aspekte, sind zwischen dem Projektleiter des AN und den jeweiligen Verantwortlichen des AG in schriftlicher Form abzustimmen. Terminliche Verzögerungen und Kosten durch behördliche Vorgänge, für die der AN (mit-)verantwortlich ist, und/oder die durch den AG unter Mitwirkung des AN (inkl. vom AN erstellte Dokumente) mit der Behörde zu klären sind, gehen zu Lasten des AN.

Soweit die Ausführung der vertraglichen Leistung Belange des späteren Betreibers der Anlage betrifft, hat der AN die Abstimmungen ausschließlich mit dem Projektteam des AG durchzuführen, es sei denn, es ist im Vertrag anderweitig geregelt.

6.8.3 Reaktionszeit

Folgende Reaktionszeiten auf Schriftverkehr, Meldungen und Anfragen des AG sind von den Personen in Leitungsfunktionen des AN bzw. ihren Stellvertretern einzuhalten:

Offizielle Briefe: Binnen einer Zeitspanne von 10 Kalendertagen müssen offizielle Briefe beantwortet werden, sofern im Schreiben eine Antwort verlangt wird.

Allgemeine Reaktionszeit: Binnen einer Zeitspanne von 8 Stunden an einem Arbeitstag muss eine Rücksprache auf Meldungen und Anfragen des AG durch die Leitungspersonen des AN erfolgen, jedoch spätestens um 10 Uhr des folgenden Arbeitstages.

Während Probetrieb und verfahrenstechnischer Inbetriebsetzung (V-IBS): Binnen einer Zeitspanne von 6 Stunden täglich muss eine Rücksprache auf Meldungen und Anfragen des AG durch eine Leitungsperson des AN erfolgen.

6.8.4 Besprechungen

Besprechungen zu Arbeits- und Gesundheitsschutz (HSE), Sicherheitskoordination, Baustellenorganisation sowie zur Ausführung der Leistungen sind entsprechend den Regelungen in Teil C4 [Arbeits- und Gesundheitsschutz] sowie Teil C6 [Bauausführung/Montage] durchzuführen.

Im Zuge einer engen und effektiven Abstimmung mit dem AG sind darüber hinaus Besprechungen vom AN einzuplanen und im Bedarfsfall mit seinen Subunternehmen zu koordinieren. Der AN organisiert und lädt mindestens zu folgenden Besprechungen ein:

- Fortschrittsbesprechung (monatlich).

Es ist dem AG vorbehalten, entsprechend dem Fortschritt der Arbeiten die Frequenz der Besprechungen anzupassen. Die Besprechungen werden unter Leitung des AG abgehalten und mit einem vom AG (in Echtzeit, parallel zur Besprechung) erstellten und von beiden Seiten unterschriebenen Besprechungsprotokoll abgeschlossen. Entsprechend hat der AN dafür Sorge zu tragen, dass der Projektleiter des AN bzw. dessen benannte, entscheidungsberechtigte Vertreter an den Besprechungen teilnehmen. Die Besprechungen mit dem AN finden in der Regel auf der Baustelle statt. Nach Absprache können einzelne Besprechungen auch per Videokonferenz (MS Teams) durchgeführt werden.

In den oben genannten Besprechungen muss vom AN über den Stand der jeweiligen Arbeiten berichtet werden. Alle für die Durchführung des Projekts wesentlichen Fragen müssen besprochen, geklärt und im Besprechungsprotokoll durch den AG dokumentiert werden. Um effektive Besprechungen zu ermöglichen, hat der AN geeignete Teilnehmer für die Besprechungen einzuladen und deren Teilnahme zu gewährleisten.

Der AN muss vor den regelmäßig stattfindenden Besprechungen die Arbeitsergebnisse so zusammenfassen, dass ein effektiver, ergebnisorientierter Ablauf der Besprechung sichergestellt wird.

Spätestens 2 Arbeitstage vor dem angesetzten Besprechungstermin muss der AN folgende Unterlagen vorlegen:

- Agenda,
- Durchzusprechende Unterlagen,
- Benennung der Teilnehmer auf Seiten des AN und
- Benennung der vom AG zu klärenden Fragen.

6.9 Subunternehmer

(1) Der Auftragnehmer hat Subunternehmer schriftlich benannt. Die vom Auftraggeber freigegebene Liste der Subunternehmer Anlage Teil **F4 [Liste der Subunternehmer]** ist Bestandteil des Vertrages. Nachträgliche Änderungen bedürfen der Zustimmung des Auftraggebers. Zum Nachweis der Befähigung weiterer Subunternehmer und Einholung der Zustimmung des Auftraggebers hat der Auftragnehmer geeignete Dokumente vorzulegen (z.B. Firmenbeschreibung, Referenzen, Bilanzen, HSE-Statistiken, Zertifikate).

(2) Der Auftraggeber ist berechtigt, nicht bereits mit dem Angebot angezeigte und in der Anlage Teil **F4 [Liste der Subunternehmer]** freigegebenen Subunternehmer sowie Nachunternehmer der Subunternehmer (in der Kette bis zum ausführenden Unternehmen) abzulehnen, wenn ein Anlass für Zweifel besteht, dass sie die von ihnen jeweils übernommenen Leistungen ordnungs- und vertragsgemäß erbringen, insbesondere wenn Zweifel an ihrer Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit, Erfahrung sowie Erfüllung der HS Anforderungen gem. **Ziff. 6.3** besteht.

(3) Der Auftraggeber ist weiter berechtigt aus denselben in **Abs. 2** beschriebenen Gründen nach angemessener Fristsetzung und deren fruchtlosem Verstreichen die sofortige Ablösung von bereits genehmigten Subunternehmern sowie Nachunternehmer der Subunternehmer (in der Kette bis zum ausführenden Unternehmen) und Lieferanten verlangen.

(4) Bei Einsatz von Subunternehmern sowie Nachunternehmer der Subunternehmer (in der Kette bis zum ausführenden Unternehmen) auf der Baustelle sind durch den Auftragnehmer vollständige Subunternehmerlisten vorzulegen.

(5) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, in seinen Subunternehmerverträgen rechtswirksam zu regeln, dass der Auftraggeber im Falle des Wegfalls des Auftragnehmers oder einer vorzeitigen Beendigung des Vertrages – gleich aus welchem Grund – in die bestehenden Subunternehmerverträge mit der Maßgabe eintreten kann, dass er für berechnigte Subunternehmervergütungsansprüche einsteht, die aufgrund von Subunternehmerleistungen nach dem Eintritt entstehen.

(6) Die Übertragung der Gesamtleistung auf Subunternehmer ist ausgeschlossen.

6.10 Besondere Vertragsbedingungen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG)

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der diesem Vertrag beigefügten Besonderen Vertragsbedingungen zum Mindeststundenentgelt (**Anlage Teil A1 [BVB Tariftreue]**), der Besonderen Vertragsbedingungen zur Frauenförderung (**Anlage Teil A2 [BVB Frauenförderung]**), der Besonderen Vertragsbedingungen zur Verhinderung von Benachteiligungen (**Anlage Teil A3 [BVB Verhinderung von Benachteiligung]**) sowie der Besonderen Vertragsbedingungen über Kontrollen und Sanktionen nach dem BerlAVG (**Anlage Teil A4 [BVB Kontrolle und Sanktionen]**).

(2) Der Auftraggeber möchte eine einheitliche Vertragskontrolle sicherstellen und ist daher abweichend von den Besonderen Vertragsbedingungen über Kontrollen und Sanktionen nach dem BerlAVG (**Anlage Teil A4 [BVB Kontrolle und Sanktionen]**) berechtigt, die Durchführung der Kontrollen über die Einhaltung der Besonderen Vertragsbedingungen betreffend die **Anlagen BVB Teil A1, Teil A2 und Teil A3** ebenfalls nach Maßgabe der vorstehenden Regelungen in **Ziff. 6.7 Abs. 4 bis 6** vorzunehmen; der Auftragnehmer hat die Durchsetzbarkeit der Kontrollrechte entsprechend sicherzustellen. Der Auftraggeber und/oder die zentrale Kontrollgruppe des Landes Berlin haben wiederum abweichend von vorstehendem Satz 1 in jedem Einzelfall das Wahlrecht, ausschließlich die Anwendung der Kontrollrechte entsprechend der Besonderen Vertragsbedingungen über Kontrollen und Sanktionen nach dem BerlAVG (**Anlage Teil A4 [BVB Kontrolle und Sanktionen]**) zu verlangen.

7 Mängel vor Abnahme

(1) Der Auftragnehmer muss Leistungen, die schon während der Bau- und Ausführungszeit und vor der Abnahme als mangelhaft oder vertragswidrig erkannt werden, auf eigene Kosten unverzüglich in einen mangelfreien bzw. vertragsgerechten Zustand versetzen. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nach oder sind mindestens 3 Nachbesserungsversuche erfolglos geblieben, kann der Auftraggeber eine angemessene Frist zur Beseitigung für die mangelhafte oder vertragswidrige Teilleistung setzen und nach deren erfolglosem Ablauf den Mangel selbst beseitigen bzw. von einem Dritten beseitigen lassen sowie von dem Auftragnehmer den Ersatz der dafür erforderlichen Aufwendungen – auch als Vorschuss – verlangen. Der Auftraggeber kann auch weitere Mängelrechte entsprechend **Ziff. 12** bereits vor der Abnahme geltend machen. Einer (Teil-) Kündigung bedarf es jedenfalls nicht.

(2) **Ziff. 16** „Kündigung“ bleibt unberührt. Der Auftraggeber ist bei wesentlichen Mängeln oder wesentlichen vertragswidrigen Leistungen berechtigt, die Fristsetzung zu deren Beseitigung mit einer Abmahnung und der Androhung einer außerordentlichen Kündigung gem. **Ziff. 16** oder außerordentlichen Teilkündigung des Vertrages gem. § 648a BGB zu verbinden.

(3) Darüber hinaus ist der Auftraggeber, unbeschadet seiner gesetzlichen Mängelrechte, berechtigt, notwendige Mängelbeseitigungs- oder Ersatzmaßnahmen ohne vorherige Fristsetzung selbst oder durch Dritte vornehmen zu lassen, wenn

- a) der Mangel eine unmittelbare Gefahr für Personen, Sachwerte oder die Baustellensicherheit begründet,
- b) erhebliche Verzögerungen oder Schäden im Folgeprojekt drohen und ein Abwarten auf eine Mängelbeseitigung durch den Auftraggeber unzumutbar wäre.

(4) Der Auftraggeber hat den Auftragnehmer unverzüglich über die Selbstvornahme zu informieren.

(5) Die dem Auftraggeber hierdurch entstehenden erforderlichen und nachgewiesenen Aufwendungen trägt der Auftragnehmer.

(6) Das Recht des Auftraggebers, weitergehende gesetzliche Ansprüche wegen Mängeln oder Verzug geltend zu machen, bleibt unberührt.

8 Preisvereinbarungen

8.1 Vergütung

(1) Für den Liefer- und Leistungsumfang aus diesem Vertrag gelten die endverhandelten Konditionen der Leistungsverzeichnisse in den Teilen B.1 „Liefer- und Leistungsumfang“. Die Einheitspreise der Leistungsverzeichnisse sind Festpreise.

(2) Die Abrechnung erfolgt monatlich nach Erbringung gemäß Aufmaß zu den vereinbarten Preisen zuzüglich der jeweils geltenden Umsatzsteuer, **erstmalig nach vollständiger Baueinrichtung inklusive installierter Bautechnik**. Die Abrechnung erfolgt unter Angabe der Einzel- und Gesamtmassen pro Leistungsverzeichnissposition und hat getrennt für jede Abrechnungszeichnung zu erfolgen. Mit jeder Abrechnung ist eine entsprechende Gesamtmassenzusammenstellung anzufertigen. Die Rechnungen sind nur aufeinander aufbauend und nicht kumulativ zu stellen.

(3) Die Einheitspreise unterliegen keinerlei Änderung, insbesondere nicht auf Grund von Kostenänderungen.

8.2 Preisblatt

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Einzelpreisauflistung gemäß Preisblatt gemäß Anlage **Teil D1 [Preisliste, Zahlungsmeilensteine, Tagessätze]** mit Abgabe des Angebots zu erstellen.

(2) Bei der vorgenannten Einzelpreisauflistung handelt es sich um eine Auflistung zu rein informativen Zwecken für den Auftraggeber (beispielsweise, um nach Abnahme die Leistungen ordnungsgemäß in seiner Anlagenbuchhaltung zu führen).

(3) Der Nettoauftragswert ist auf die Summe gemäß **Teil D.1, Kapitel 2, „Preisblatt“, „Gesamtpreis“**, beschränkt. Bei Erreichen von 80 % des Nettoauftragswertes wird der Auftragnehmer den Auftraggeber benachrichtigen, sofern eine Überschreitung zu erwarten ist.

8.3 Kosten für Prüfungen

Der Auftragnehmer trägt – soweit nicht anderweitig geregelt - sämtliche Kosten für alle zu erbringenden gesetzlich/behördlich geforderten sowie zusätzlich vereinbarten Prüfungen, die seinen und den Liefer- und Leistungsumfang seiner Subunternehmer betreffen. Diese Kosten sind mit den vereinbarten Einheitspreisen in den Leistungsverzeichnissen abgegolten. Kosten für Prüfungen durch Genehmigungsbehörden, die nicht explizit im Liefer- und Leistungsumfang genannt sind, vereinbaren die Parteien eine separate Vergütung des Auftragnehmers durch den Auftraggeber gemäß Ziff. 3.

Bauabzugssteuer und USt

(1) Spätestens mit Vorlage der ersten Rechnung wird der Auftragnehmer eine Freistellungsbescheinigung gemäß § 48 b EStG übergeben. Anderenfalls ist der Auftraggeber als Auftraggeber einer Bauleistung gemäß dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe (§§ 48, 48a bis 48d EStG) verpflichtet, einen Steuereinbehalt in Höhe von 15 % der Gegenleistung vorzunehmen und an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen.

(2) Der Auftraggeber ist kein Bauleistender im Sinne des § 13 b Abs. 5 Satz 2 UStG. Ein Nachweis zur Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers (USt 1 TG) wird durch den Auftraggeber nicht vorgelegt.

(3) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber unverzüglich jede Änderung im Zusammenhang mit der vorgelegten Freistellungsbescheinigung schriftlich anzuzeigen.

8.4 Energie- und Stromsteuerentlastungen

(1) Der Auftraggeber stellt während der Bauphase, der Inbetriebsetzung und des Probetriebes das benötigte Betriebs-Gas bzw. den benötigten Strom (Baustrom) auf seine Kosten.

Damit muss auch vom Auftraggeber der diesbezügliche Stromsteuer-/Energiesteueraufwand getragen werden. Etwaige Steuerentlastungsansprüche stehen jedoch nach herrschender Auffassung der zuständigen Hauptzollämter vor Abnahme der Gesamtanlage dem Verwender der Energieerzeugnisse/des Stroms zu, d.h. regelmäßig dem Auftragnehmer. Nach dem Willen der Parteien sollen Steuerentlastungsansprüche dem wirtschaftlich Belasteten, dementsprechend dem Auftraggeber zufließen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich daher, auf Kosten des Auftraggebers sämtliche Handlungen vorzunehmen, die zur Erlangung der möglichen Steuerentlastungen erforderlich sind, insbesondere entsprechende Steueranmeldungen oder -erklärungen gegenüber den zuständigen Finanzbehörden abzugeben.

(2) Der Auftragnehmer tritt hiermit sämtliche Ansprüche auf Steuerentlastungen (bspw. gemäß §§ 53 ff EnStG; § 9b StromStG) an den dies annehmenden Auftraggeber ab und wird dies durch wirksame Abtretungsanzeige gegenüber den zuständigen Finanzbehörden bestätigen. Die Abtretung bezieht sich auf die volle Höhe der Steuerrückerstattung.

(3) Der Auftraggeber stellt den Auftragnehmer vollumfänglich von etwaigen zukünftigen Rückforderungen ausgezählter und abgetretener Steuerentlastungen durch die zuständigen Finanzbehörden frei, insbesondere von Rückforderungen aus der Herabsetzung der Steuerentlastungsansprüche nach Abschluss einer steuerlichen Außenprüfung.

9 Zahlungsbedingungen

9.1 Fälligkeit und notwendige Rechnungsinhalte

(1) Der Auftraggeber leistet die vereinbarten Zahlungen einschließlich der Abschlags- und Vorauszahlungen nach Rechnungseingang, Vorliegen der vereinbarten Bürgschaften und Anerkennung der Rechnung innerhalb von 30 Kalendertagen.

(2) Die Rechnung hat jeweils die Inhalte der Teil **D2 [BEW Standard Rechnungsanforderungen]** zu enthalten.

Die Rechnungen sind in einfacher Ausfertigung zu senden an:

BEW Berliner Energie und Wärme GmbH

Rechnungsprüfung 6300

Postfach 11 02 08

10832 Berlin

Bei Rechnungen, die nur nach Vorlage von Bürgschaft beglichen werden, ist die Bürgschaft zeitgleich mit den Rechnungen einzureichen.

(3) Für Lieferungen erfolgt die Rechnungslegung mit Lieferung unter Vorlage des Lieferscheins oder eines ähnlichen Nachweisdokuments.

Bei nachträglichen Änderungen von Leistungen wird der Auftragnehmer auf seine Kosten 14 Tage nach Bekanntwerden ein berichtigtes Aufmaß anfertigen und dem Auftraggeber übergeben.

(4) Dem Auftraggeber stehen 10 Kalendertage zur Überprüfung zur Verfügung. Während dieses Zeitraums müssen die abgerechneten Leitungen für den Auftraggeber frei zugänglich und sichtbar sein. Vor offiziellem Einreichen der Rechnungen übersendet der Auftragnehmer dem Auftraggeber diese als Vorabzug zur Überprüfung, die vom Auftragnehmer innerhalb von 14 Kalendertagen überprüft wird.

(5) Bei einem begründeten und nachvollziehbaren Vorbehalt des Auftraggebers bezüglich der Richtigkeit des Aufmaßes werden die unstrittigen Mengen angewiesen. Die Zahlung der strittigen Beträge erfolgt nach deren Klärung, welche ohne schuldhaftes Zögern zu erfolgen hat.

9.2 Zurückweisungsrecht

Bei unvollständiger oder fehlerhafter Rechnungslegung, die eine eindeutige Zuordnung und/oder Prüfbarkeit der Rechnung erheblich erschwert, ist der Auftraggeber berechtigt, die Rechnung zurückzuweisen. In diesem Fall tritt kein Zahlungsverzug ein.

9.3 Zahlungsplan – entfällt

9.4 Anforderung der Raten, Abschlagsrechnung und Schlussrechnung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt, monatliche Abschlagszahlungen während der Ausführung der Leistungen anzufordern, sofern ein Leistungsstand je Rechnung und nach Aufmaß durch den Auftragnehmer und prüffähig für den Auftraggeber nachgewiesen wird, welcher einen Anspruch gemäß den Einheitspreisen aus den Leistungsverzeichnissen in Höhe von mindestens 100.000,00 € (einhunderttausend Euro) netto entspricht.

(2) Rechnungen sind nach ihrem Zweck als fortlaufende Abschlagsrechnungen oder Schlussrechnung zu bezeichnen. Jede Teilrechnung muss Angaben über Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Teilzahlungen enthalten.

(3) Die Begleichung von Abschlagsrechnungen bedeutet keine Anerkenntnis von in Rechnung gestellten Teilleistungen. Die Prüfung der insgesamt vom Auftragnehmer berechneten Leistungen erfolgt im Rahmen der Schlussrechnungsprüfung.

9.5 Schlussrechnung gemäß UStG

(1) Der Auftragnehmer hat eine prüffähige Schlussrechnung gemäß § 14 Abs. 5 letzter Satz UStG, d.h. Gesamtleistung zuzüglich USt. abzüglich der geleisteten Teilzahlungen brutto, innerhalb von 60 Kalendertagen nach erfolgter Endabnahme zu erstellen. Die Schlussrechnung ist prüffähig,

wenn sie eine übersichtliche Aufstellung der erbrachten Leistungen enthält und für den Auftraggeber nachvollziehbar ist. Der Auftraggeber wird begründete Einwendungen gegen die Prüfbarkeit der Schlussrechnung innerhalb von 30 Kalendertagen nach Zugang erheben.

Reicht der Auftragnehmer eine prüfbare Schlussrechnung nicht ein, obwohl ihm der Auftraggeber dafür eine angemessene Frist gesetzt hat, so kann sie der Auftraggeber selbst auf Kosten des Auftragnehmers aufstellen.

(2) Die vorbehaltlose Annahme der Schlusszahlung schließt Nachforderungen des Auftragnehmers aus, wenn der Auftragnehmer über die Schlusszahlung schriftlich unterrichtet und auf die Ausschlusswirkung hingewiesen wurde.

Einer Schlusszahlung steht es gleich, wenn der Auftraggeber unter Hinweis auf geleistete Zahlungen weitere Zahlungen endgültig und schriftlich ablehnt. Auch früher gestellte, aber unerledigte Forderungen werden ausgeschlossen, wenn sie nicht nochmals vorbehalten werden.

(3) Ein Vorbehalt ist innerhalb von 24 Kalendertagen nach Zugang der Mitteilung über die Schlusszahlung zu erklären. Er wird hinfällig, wenn nicht innerhalb von weiteren 24 Kalendertagen eine prüfbare Rechnung über die vorbehaltenen Forderungen eingereicht oder, wenn das nicht möglich ist, der Vorbehalt eingehend begründet wird. Die Ausschlussfristen gelten nicht für ein Verlangen nach Richtigstellung der Schlussrechnung und -zahlung wegen Aufmaß-, Rechen- und Übertragungsfehlern.

10 Bürgschaften

Die Bürgschaften sind auszustellen auf:

BEW Berliner Energie und Wärme AG

Hilfegard-Knef-Platz 2

10829 Berlin

Die Bürgschaften sind zu senden an:

Berliner Energie und Wärme GmbH

Treasury (Z-FFT)

Hildegard-Knef-Platz 2

10829 Berlin

10.1 Bürgschaft zur Absicherung von Vorauszahlungen

(Entfällt)

10.2 Bürgschaft zur Absicherung der Vertragserfüllung

Zur Absicherung der Vertragserfüllung einschließlich etwaiger Vorauszahlungen sowie sonstiger Ansprüche aufgrund nicht ordnungsgemäßer Entsorgung stellt der Auftragnehmer spätestens mit Wirksamwerden des Vertrages eine kostenlose und selbstschuldnerische Bürgschaft eines in der EU zugelassenen Kreditinstitutes und Kreditversicherers in Höhe von 10 % des Nettoauftragswertes.

Die Bürgschaft umfasst die Ansprüche auf fristgerechte abnahmefähige Herstellung des Werkes, einschließlich Erfüllung der vertraglichen Nebenpflichten, Vertragsstrafen, also auch Ansprüche auf Schadensersatz wegen Nichterfüllung und Verzugs oder Beseitigung bestehender Mängel vor Abnahme, sowie die Rückerstattung von Überzahlungen einschließlich Zinsen bis zur Übergabe der Bürgschaft zur Sicherung von Mängelansprüchen. Die mit der Bürgschaft für Ansprüche aus der Mängelhaftung nach der Abnahme gesicherten Ansprüche, insbesondere die Ansprüche des Auftraggebers für solche Mängel, deren Beseitigung sich der Auftraggeber bei der Abnahme vorbehalten hat und die nach der Abnahme von dem Auftragnehmer vorzunehmen ist, werden von der Vertragserfüllungsbürgschaft nicht erfasst.

Der Auftraggeber ist berechtigt Bürgschaften abzulehnen, wenn der Bürge nicht mit mindestens "BBB" mit stabilem Ausblick der Ratingagentur "Standard & Poor's" bzw. "Fitch" oder "Baa2" mit stabilem Ausblick von "Moody's" geratet ist. Im Falle von mehreren Ratings gilt das niedrigste Rating. Die Bürgschaft umfasst auch Überzahlungen einschließlich Zinsen. Die Bürgschaft ist schriftlich unter Verzicht auf die Einrede der Anfechtung und die Einrede der Aufrechnung abzugeben.

Der Verzicht auf die Einrede der Anfechtbarkeit umfasst nicht den Einwand der Anfechtung wegen einer arglistigen Täuschung. Der Ausschluss der Einrede der Aufrechenbarkeit gilt nicht, soweit die Gegenforderung des Auftragnehmers unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist. Abweichend von den zu den Bürgschaften zur Absicherung der Vertragserfüllung vereinbarten Regelungen können die Bürgschaften befristet werden auf 6 Monate nach Abnahme bzw. nach Austausch gegen die folgende Bürgschaft.

Die Bürgschaft ist nach Abnahme der Leistung und Übergabe der Bürgschaft zur Sicherung der Ansprüche aus Mängelhaftung zurückzugeben. Die Rückgabe der Vertragserfüllungsbürgschaft kann wegen Überzahlungen nicht verweigert werden, wenn Zug um Zug die Übergabe der Bürgschaft zur Sicherung der Ansprüche aus Mängelhaftung erfolgt. Die Herausgabe der Bürgschaftsurkunde erfolgt auf schriftliche Anforderung des Auftragnehmers.

10.3 Bürgschaft zur Absicherung der Ansprüche aus Mängelhaftung

Zur Absicherung der Pflichten des Auftragnehmers bei Mängeln stellt er mit der Schlussrechnung eine für den Auftraggeber kostenlose, selbstschuldnerische Bürgschaft eines in der EU zugelassenen Kreditinstitutes und Kreditversicherers in Höhe von 5 % des Nettoauftragswertes. Sofern die Nettoschlussrechnungssumme niedriger oder höher als der Nettoauftragswert ausfällt, ist die Höhe des in Ansatz zu bringenden Nettoauftragswerts auf die Höhe der Nettoschlussrechnungssumme anzupassen.

Die Bürgschaft sichert Ansprüche aus der Mängelhaftung nach der Abnahme gem. §§ 634 ff. BGB einschließlich von Schadensersatzansprüchen für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Folgeschäden aufgrund von nach der Abnahme festgestellten Mängeln. Ebenfalls werden die vorgenannten Ansprüche des Auftraggebers für solche Mängel gesichert, deren Beseitigung sich der Auftraggeber bei der Abnahme vorbehalten hat und die nach der Abnahme von dem Auftragnehmer vorzunehmen ist. Die Bürgschaft umfasst auch die Ansprüche des Auftraggebers auf die Erstattung von Überzahlungen nach der Rückgabe der Vertragserfüllungsbürgschaft.

Der Auftraggeber ist berechtigt Bürgschaften abzulehnen, wenn der Bürge nicht mit mindestens "BBB" mit stabilem Ausblick der Ratingagentur "Standard & Poor's" bzw. "Fitch" oder "Baa2" mit stabilem Ausblick von "Moody's" geratet ist. Im Falle von mehreren Ratings gilt das niedrigste Rating. Die Bürgschaft ist schriftlich unter Verzicht auf die Einrede der Anfechtung und die Einrede der Aufrechnung abzugeben.

Der Verzicht auf die Einrede der Anfechtbarkeit umfasst nicht den Einwand der Anfechtung wegen einer arglistigen Täuschung. Der Ausschluss der Einrede der Aufrechnung gilt nicht, soweit die Gegenforderung des Auftragnehmers unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist. Abweichend von den zu den Bürgschaften zur Absicherung der Ansprüche aus Mängelhaftung vereinbarten Regelungen können die Bürgschaften befristet werden auf 6 Monate nach Abnahme bzw. nach Austausch gegen die folgende Bürgschaft.

Der Text einer den Anforderungen des Auftraggebers entsprechenden Bürgschaft ist diesem Vertrag als Anlage **A.7 [Muster - Bürgschaft zur Sicherung der Ansprüche aus Mängelhaftung]** beigelegt.

Eine nicht verwertete Bürgschaft ist auf schriftliche Anforderung des Auftragnehmers zurückzugeben, wenn und soweit die Mängelansprüche verjährt sind.

10.4 Bürgschaft zur Absicherung von Abschlagszahlungen nach § 650c Abs. 3 BGB

Zur Absicherung von vom Auftragnehmer geforderten Abschlagszahlungen nach § 650c Abs.3 BGB ist der Auftraggeber berechtigt, vom Auftragnehmer mit Rechnungslegung eine kostenlose und selbstschuldnerische Bürgschaft eines in der EU zugelassenen Kreditinstitutes und

Kreditversicherers in Höhe des Abschlagsbetrages zu verlangen. Die Bürgschaft sichert auch die Rückerstattung von Überzahlungen einschließlich Zinsen.

Der Auftraggeber ist berechtigt Bürgschaften abzulehnen, wenn der Bürge nicht mit mindestens "BBB" mit stabilem Ausblick der Ratingagentur "Standard & Poor's" bzw. "Fitch" oder "Baa2" mit stabilem Ausblick von "Moody's" geratet ist. Im Falle von mehreren Ratings gilt das niedrigste Rating. Die Bürgschaft ist schriftlich unter Verzicht auf die Einrede der Anfechtung und die Einrede der Aufrechnung abzugeben.

Der Verzicht auf die Einrede der Anfechtbarkeit umfasst nicht den Einwand der Anfechtung wegen einer arglistigen Täuschung. Der Ausschluss der Einrede der Aufrechenbarkeit gilt nicht, soweit die Gegenforderung des Auftragnehmers unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist. Abweichend von den zu den Bürgschaften zur Absicherung von Abschlagszahlungen vereinbarten Regelungen können die Bürgschaften befristet werden auf 6 Monate nach Abnahme bzw. nach Austausch gegen die folgende Bürgschaft. Der Text einer den Anforderungen des Auftraggebers entsprechenden Bürgschaft ist diesem Vertrag als Anlage **A9 [Muster - Bürgschaft Abschlagszahlung nach § 650c Abs.3 BGB]** beigefügt.

Sie wird zurückgegeben, wenn der Wert der Zahlung durch entsprechende Leistungen, die in das Eigentum des Auftraggebers übergegangen sind oder auf Verlangen des Auftraggebers sicherungsübereignet wurden, abgesichert ist und zwischen dem Auftraggeber und Auftragnehmer entweder Einvernehmen erzielt oder rechtskräftig gerichtlich geklärt worden ist, dass der Auftragnehmer einen Anspruch auf die mit der Bürgschaft gesicherte Abschlagszahlung hat. Die Herausgabe der Bürgschaftsurkunde erfolgt auf schriftliche Anforderung des Auftragnehmers.

11 Abnahme

11.1 Abnahme der Lieferungen und Leistungen

(1) Nach einwandfreiem und erfolgreichem Verlauf des Erprobungsbetriebes der Gesamtanlage sowie nach Vorliegen der Voraussetzungen gemäß **Ziff. 11.1. Abs. 2** ist der Auftragnehmer berechtigt, die Abnahme anzumelden.

Setzt der Auftragnehmer eine Frist zur Abnahme, ist diese nur „angemessen“ im Sinne des § 640 Abs. 2 Satz 1 BGB, wenn sie mindestens 21 Kalendertage beträgt. Ansonsten bleibt § 640 Abs.2 BGB unberührt.

(2) Nach Zugang der schriftlichen Anmeldung wird der Auftraggeber unverzüglich die Abnahme erklären, wenn die nachfolgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- Dass der vollständige Liefer- und Leistungsumfang mit Ausnahme unwesentlicher Restleistungen erfüllt ist, keine wesentlichen Mängel vorliegen und die Funktionalität des Liefer- und Leistungsumfanges uneingeschränkt vorliegt. Diese muss der Auftragnehmer u.a. über die Abnahmemessungen gemäß **Ziff. 11.3** nachweisen.

- Dass der Lieferumfang mit der entsprechenden Anlagenkennzeichnung ausgerüstet und die Dokumente auf aktuellem, mängelfreien Stand zum Zeitpunkt der Abnahme entsprechend den EG-Richtlinien und/oder nationalen Regeln vorliegen und – soweit dies durch Gesetze, Verordnungen, Richtlinien oder durch Regelungen im Vertrag vorgesehen ist – diese – sowie die Anlage selbst – durch die zuständige Überwachungsorganisation für den Betrieb der Anlage gemäß Betriebssicherheitsverordnung frei gegeben wurden.

(3) Die Abnahme hat förmlich und schriftlich zu erfolgen.

Mit Aushändigung des vom Auftraggeber unterzeichneten "Abnahmeprotokolls" an den Auftragnehmer hat der Auftraggeber die Lieferungen und Leistungen abgenommen. Bis zu diesem Zeitpunkt trägt der Auftragnehmer die Gefahr für seine Lieferungen und Leistungen.

(4) Alle vom Auftragnehmer zur Erfüllung des Vertrages anzufertigenden Unterlagen sind dem Auftraggeber spätestens mit der Abnahme zu übergeben und werden Eigentum des Auftraggebers, soweit in diesem Vertrag nichts Abweichendes geregelt ist.

(5) Die Abnahme wird nicht durch eine Inbenutzungsnahme, Erprobung oder Inbetriebsetzung des Leistungsgegenstandes etc. ersetzt bzw. begründet.

Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf Teilabnahmen. Werksabnahmen des Auftragnehmers sind keine Abnahmen des Auftraggebers im rechtlichen Sinne, selbst wenn dieser den Werksabnahmen beiwohnt.

(6) Sollten die Abnahmemessungen zum Nachweis der zugesicherten Beschaffenheitsmerkmale sowie der weiteren Funktionalitäten und Beschaffenheitsmerkmale zum Zeitpunkt der Anmeldung der Abnahme durch den Auftragnehmer aufgrund der dann herrschenden Witterungsbedingungen nicht oder nicht vollständig möglich sein, werden die Parteien dazu eine einvernehmliche Regelung unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen treffen.

(7) Für den Fall, dass im Rahmen der Abnahme das Vorliegen unwesentlicher Mängel und/oder ausstehender Leistungen festgestellt wird, hat der Auftraggeber das Recht, den doppelten Betrag der Mangelbeseitigungskosten bzw. den für die Erbringung der noch ausstehenden Leistungen notwendigen Betrag, einzubehalten. Die Parteien legen – soweit möglich – diesen Betrag in dem Abnahmeprotokoll gemeinsam fest.

(8) Der Einbehalt von der Abnahmerate zahlt der Auftraggeber dem Auftragnehmer nach erfolgreicher Abarbeitung der Mangelbeseitigungsarbeiten und ausstehenden Leistungen sowie nach Abnahme dieser durch den Auftraggeber.

11.2 Weitere Abnahmebedingungen

In der Benutzung der Leistung oder einer Teilleistung durch den Auftraggeber liegt noch keine Abnahme. Der Auftragnehmer erklärt bereits jetzt seine Zustimmung, dass der Auftraggeber die

Leistung oder eine Teilleistung vor Abnahme benutzen kann. Vor Beginn der Nutzung stellt der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine Bedienermächtigung aus.

11.3 Nachweis der Beschaffenheitsmerkmale / Abnahmemessungen

(1) Die erforderlichen Nachweisversuche und -messungen sind gemäß Teil **B.1 Ziff. 4 [Überblick – Funktionale Anforderungen]** und Teil **C6 [Bauausführung]** vorzunehmen.

(2) Der Nachweis der zugesicherten Beschaffenheitsmerkmale sowie der weiteren Funktionalitäten und Beschaffenheitsmerkmale gilt erst dann als erbracht, wenn die Abnahmemessungen erfolgreich waren und der einwandfreie Betrieb sowie die volle Funktionalität gegeben sind.

(3) Die Nachweisversuche werden im Beisein des Auftraggebers durchgeführt und in einem Protokoll des Auftraggebers bestätigt.

(4) Werden aus Gründen, die im Risikobereich des Auftragnehmers liegen, weitere Nachweisversuche erforderlich, so hat er alle damit verbundenen Kosten zu tragen.

12 Mängelansprüche

12.1 Gesetzliche Regelungen

Für Mängelansprüche gelten die gesetzlichen Bestimmungen, soweit in diesem Vertrag nichts Abweichendes geregelt ist.

12.2 Verjährungsfrist Mängelansprüche

(1) Die Frist für die Verjährung von Mängelansprüchen beträgt 5 Jahre ab Abnahme.

(2) Führt ein Mangel der Leistung des Auftragnehmers zur Einstellung des Betriebes der Gesamt- oder Teilanlage oder tritt eine wesentliche Betriebsbehinderung ein, verschiebt sich das Ende der Verjährungsfrist für Mängelansprüche um die Zeit des Stillstandes bzw. der Beeinträchtigung.

(3) Für im Rahmen der Nacherfüllung nachgebesserte und ersetzte Teile beginnt mit Beendigung der Mängelbeseitigung die vereinbarte Verjährungsfrist von neuem.

12.3 Mängelbeseitigung nach Abnahme

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Mängel oder Unvollständigkeiten an seinen Lieferungen und Leistungen innerhalb einer angemessenen Frist für den Auftraggeber kostenlos zu beseitigen.

Die mit der Wahrnehmung der Rechte des Auftraggebers bei Mängeln verbundenen Kosten (z. B. Demontagekosten, Transportkosten etc.) gehen zu Lasten des Auftragnehmers. Infolge der Mängelbeseitigungsmaßnahmen dürfen keine zusätzlichen Betriebskosten entstehen oder sie werden andernfalls vom Auftragnehmer getragen.

(2) Als Mangel gilt auch abnormaler Verschleiß, der vom Auftraggeber innerhalb der Gewährleistungszeit nachgewiesen wird.

(3) Die Mängelbeseitigung erfolgt in Abstimmung mit dem Auftraggeber unter Berücksichtigung der betrieblichen Belange. Betriebliche Belange können hierbei auch sein, dass die Nacherfüllung zu einem späteren Zeitpunkt (z. B. geplante Revisionen) mit geringeren Beeinträchtigungen des (Gesamt-) Anlagenbetriebes durchgeführt werden können. Mängelbeseitigungsarbeiten sind vom Auftragnehmer auszuführen, wenn der Auftraggeber erklärt, dass betriebliche Gründe nicht entgegenstehen.

(4) Gerät der Auftragnehmer mit seiner Pflicht zur Mängelbeseitigung in Verzug, ist der Auftraggeber berechtigt, den Mangel selbst zu beseitigen oder durch Dritte beseitigen zu lassen und Ersatz aller dafür erforderlichen Aufwendungen einschließlich Transport, Arbeits- und Materialkosten etc. vom Auftragnehmer zu verlangen.

(5) Müssen gleichartige Teile mehrfach ausgewechselt oder nachgebessert werden, so wird der Auftragnehmer alle diese Teile zu seinen Lasten entsprechend ändern, um zukünftige Mängel auszuschließen, auch wenn sich der Mangel noch nicht an allen Teilen gezeigt hat („Serienfehler“). Der Auftragnehmer ist verpflichtet, von ihm gelieferte Ersatzteile, die auf Grund von solchen Änderungen nicht mehr zweckdienlich verwendet werden können, für den Auftraggeber kostenlos anzupassen oder auszutauschen.

(6) Ersatz- und Verschleißteile sind 3 Monate vor der Inbetriebnahme in einer Ersatz- und Verschleißteilliste vom Auftragnehmer anzugeben und an den Auftraggeber zu übergeben. In der Ersatz- und Verschleißteilliste sind für alle genannten Teile die gewährleistete Betriebsdauer und der Einzelpreis anzugeben. Der Auftragnehmer übergibt dem Auftraggeber zusätzlich zu der Ersatz- und Verschleißteilliste eine RAM – Studie (Reliability, Availability & Maintainability) für die gelisteten Ersatz- und Verschleißteile. Die Studie gilt zur Risikobewertung der verbauten Teile durch den Auftraggeber. Der Auftraggeber ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet basierend auf diesen Dokumenten separate Ersatz- und Verschleißteilbestellungen auslösen.

12.4 Änderung von Komponenten

Erweisen sich Teile des Lieferumfanges als mangelhaft und werden diese im Rahmen der Mängelansprüche geändert oder durch andersartige ersetzt, sind auch vorhandene Reserve- /Ersatzteile für den Auftraggeber kostenlos zu ändern oder zu ersetzen, es sei denn, der Auftragnehmer weist nach, dass die vorhandenen Verschleiß-/Reserve-/Ersatzteile diesen Mangel nicht aufweisen bzw. verwendbar sind.

12.5 Provisorien

Kann eine Nacherfüllung mit einer geringeren Beeinträchtigung des Anlagenbetriebes besser zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden (z. B. geplante Revision), hat der Auftragnehmer auf seine Kosten unverzüglich im Einvernehmen mit dem Auftraggeber provisorisch Abhilfe zu schaffen. Die endgültige Nacherfüllung ist dann in Abstimmung mit dem Auftraggeber auszuführen.

13 Haftung

13.1 Haftungsregelungen

(1) Die Haftung der Parteien richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit in diesem Vertrag nichts Abweichendes geregelt ist.

Die gegenseitige Haftung wird der Höhe nach wie folgt begrenzt:

- Doppelte Höhe des Gesamtnettoauftragswertes für Sach- und Vermögensschäden je Schadensereignis

(2) Die Parteien haften nicht für entgangenen Gewinn, Produktionsausfall und Ersatzbeschaffung von Energie. Die Parteien sind sich darüber einig, dass unter Ersatzbeschaffung von Energie nicht solche Kosten zu verstehen sind, die der Auftraggeber möglicherweise für einen verlängerten Betrieb der Anlage oder der notwendigen Provisorien aufwenden muss.

(3) Für Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen gelten dieselben Haftungsbegrenzungen/-ausschlüsse.

(4) Die vorgenannten Haftungsbegrenzungen/-ausschlüsse gelten nicht bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit sowie bei Verletzung des Lebens, des Körpers sowie bei Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz.

(5) Der in diesem Vertrag verwendete Begriff "zugesicherte Beschaffenheitsmerkmale", ist nicht als Garantie von Beschaffenheiten im Sinne der §§ 443, 444 oder 639 BGB zu verstehen.

(6) Soweit sich aus diesem Vertrag Rechte des Auftraggebers im Falle von mangelhaften Lieferungen und Leistungen ergeben -wie z. B. Nachbesserung, Ersatzlieferung, Minderung und Rücktritt vom Vertrag oder vereinbarte Vertragsstrafen- und Schadensersatzregelungen bleiben diese von dieser Regelung unberührt.

13.2 Gefahrtragung

Die Gefahrtragung richtet sich nach § 644 BGB, d. h. der Auftragnehmer trägt die Gefahr bis zur Abnahme der Leistungen i. S. v. **Ziff. 11.1** dieses Vertrages.

14 Vertragsstrafen

14.1 Vertragsstrafe wegen Verzuges mit dem Anfangs- oder Endtermin

(1) Gerät der Auftragnehmer mit dem in Anlage **Teil E [Vertragsterminplan]** gekennzeichneten Anfangs- oder Endtermin (Abnahme) in Verzug, so ist der Auftraggeber berechtigt, eine Vertragsstrafe zu fordern. Sie beträgt für jeden angefangenen Werktag (bezogen auf den Ort der Leistungserbringung) 0,2 % des Nettoabrechnungswertes.

(2) Eine bereits verwirkte Vertragsstrafe entfällt nicht durch die Vereinbarung neuer Termine. Im Falle der einvernehmlichen Fortschreibung von pönalisierten Terminen bei (Bau-) Zeitverschiebungen gilt das Vertragsstrafversprechen entsprechend für die neuen Termine.

(3) Unter Nettoabrechnungswert wird hier wie im Folgenden der gesamte Abrechnungswert einschließlich aller Nachträge (jeweils ohne Umsatzsteuer) verstanden.

(4) Bis zum Vorliegen der Schlussrechnung bzw. der Feststellung der Abrechnungssumme hat der Auftraggeber wegen einer verwirkten Vertragsstrafe gegenüber dem Vergütungsanspruch des Auftragnehmers ein Zurückbehaltungsrecht. Die Höhe des Zurückbehaltungsrechts bestimmt sich nach der vorläufigen Berechnung der verwirkten Vertragsstrafe auf der Grundlage der Nettoauftragssumme einschließlich aller Nachträge (jeweils ohne Umsatzsteuer).

14.2 Vertragsstrafe wegen Verzuges mit Zwischenterminen

(1) Gerät der Auftragnehmer mit in Anlage **Teil E [Vertragsterminplan]** gekennzeichneten Zwischenterminen in Terminverzug, so ist der Auftraggeber berechtigt, ohne Nachweis der Schadenshöhe und ohne Nachfristsetzung, eine Vertragsstrafe in Abzug zu bringen. Sie beträgt für jeden angefangenen Werktag (bezogen auf den Ort der Leistungserbringung) 0,2% der bis zum Termin an den Auftragnehmer fälligen Zahlungen einschließlich der jeweiligen Zahlungsrate, die mit dem pönalisierten Termin verbunden ist (entscheidend sind hierbei die jeweiligen Abrechnungswerte, Ziff. 14.1. Abs. 4 gilt entsprechend). Dabei wird eine bei einem vorherigen Termin verwirkte Vertragsstrafe angerechnet, wenn und soweit der dieser Vertragsstrafe zugrunde liegende Verzug Ursache für die erneute Verzögerung ist und der Auftragnehmer sämtliche erforderlichen und zumutbaren Gegenmaßnahmen ergriffen hat, um die frühere Verzögerung aufzuholen.

(2) Eine bereits verwirkte Vertragsstrafe entfällt nicht durch die Vereinbarung neuer Termine. Im Falle der einvernehmlichen Fortschreibung von pönalisierten Terminen bei (Bau-) Zeitverschiebungen gilt das Vertragsstrafenversprechen entsprechend für die neuen Termine.

14.3 Höchstgrenzen Verzugsvertragsstrafen

Die Summe sämtlicher, vom Auftragnehmer möglicherweise nach den **Ziffern 14.1.** und **14.2.** zu zahlenden Vertragsstrafen wegen Verzuges ist insgesamt begrenzt auf 5 % des Nettoabrechnungswertes.

14.4 Pauschalierter Schadensersatz für Nichterfüllung der in Ziff. 2.1 zugesicherten Beschaffenheitsmerkmale

(1) Bei Nichterreichen der „**zugesicherten Beschaffenheitsmerkmale**“ i. S. v. **Ziff. 2.1.** dieses **Teil A** (siehe auch Anlage **Teil B1 Ziff. 4 [Überblick – Funktionale Anforderungen]**) ist vom Auftragnehmer an den Auftraggeber ein pauschalierter Schadensersatz gemäß der Anlage **Teil B1 Ziff. 4 [Überblick – Funktionale Anforderungen]** zu zahlen.

(2) Der pauschalierte Schadensersatz wegen Nichtreichens der „zugesicherten Beschaffenheitsmerkmale“ wird fällig, wenn die zugesicherten Werte gemäß **Ziff. 11.3 dieses Teil A** vom Auftragnehmer nicht nachgewiesen werden können und eine Nachbesserung innerhalb einer vom Auftraggeber zu bestimmenden, angemessenen Frist ganz oder teilweise fruchtlos bleibt, wobei der Auftraggeber mehr als drei Nachbesserungsversuchen nicht zustimmen muss. Solange der Auftraggeber nicht den pauschalierten Schadensersatz gewählt hat, bleiben ihm sämtliche Rechte auf Nacherfüllung, einschließlich des Rechts auf Ersatzvornahme zu Lasten des Auftragnehmers sowie seine vertraglichen und gesetzlichen Rücktritts- und Kündigungsrechte vollumfänglich erhalten. Dies gilt mit Ausnahme der Rücktritts- und Kündigungsrechte auch, wenn der Auftraggeber den Leistungsgegenstand trotz des Nichtreichens der „zugesicherten Beschaffenheitsmerkmale“ vorbehaltlich der nicht erreichten „zugesicherten Beschaffenheitsmerkmale“ abnimmt. In diesem Fall bleibt zusätzlich trotz etwaig abweichender gesetzlicher Abnahmefolgen die Beweislast für die vertragsgemäße Erfüllung der „zugesicherten Beschaffenheitsmerkmale“ ausdrücklich beim Auftragnehmer.

In jedem Fall bleiben die Rechte des Auftraggebers nach **Ziff. 2.2.** i. V. m. **16** (Kündigung) bzw. § 346 BGB (Rücktritt) unberührt.

14.5 Geltendmachung der Vertragsstrafen

Der Auftraggeber kann die Vertragsstrafen sowie den pauschalierten Schadensersatz nach **Ziff. 14.1, Ziff. 14.2** und **Ziff. 14.5** bis zur Schlusszahlung geltend machen und mit dieser verrechnen. Ein Vorbehalt hinsichtlich der Geltendmachung der Vertragsstrafe gemäß § 341 Abs. 3 BGB ist nicht erforderlich.

Sollte der pauschalierte Schadensersatz gemäß **Ziff. 14.5** erst nach Schlusszahlung fällig werden, kann er innerhalb von 6 Monaten nach Fälligkeit geltend gemacht werden.

14.6 Weitere Rechte des Auftraggebers neben Vertragsstrafen / Pauschaliertem Schadensersatz

(1) Neben der Vertragsstrafe gemäß **Ziff. 14.1** und **Ziff. 14.2** kann der Auftraggeber Ersatz des Schadens fordern, der sich aus dem Verzug ergibt. Die verwirkte Vertragsstrafe wird in diesem Fall angerechnet. Im Übrigen gilt § 341 BGB. Die Höhe des Schadensersatzes ist begrenzt durch die vereinbarte Haftungsregelung unter **Ziff. 13.1**.

(2) Neben den Vertragsstrafen nach **Ziffer 14.1.** und **14.2.** sowie dem pauschalierten Schadensersatz nach Ziffer 14.5. bleiben alle weiteren vertraglichen und gesetzlichen Rechte des Auftraggebers (z. B. Erfüllungsverpflichtungen, Kündigungs- und Rücktrittsrechte- insbesondere gem. **Ziff. 2.2** und **Ziff. 16** - sowie Mängelbeseitigungs- und Gewährleistungsrechte) sowie die Regelungen der **Ziff. 14.5** unberührt.

15 Versicherung

Die im Folgenden als „Versichernde Partei“ aufgeführte Partei, ist diejenige, die für jede Versicherungsart der jeweiligen Ziffer den angegebenen Versicherungsschutz abschließt und aufrechterhält.

Für den abzuschließenden und aufrechtzuerhaltenden Versicherungsschutz gelten folgende Bedingungen:

- a) Keine Partei nimmt ohne die vorherige Zustimmung der anderen Partei wesentliche Änderungen an den Versicherungsbedingungen (z. B. Haftungsbegrenzung oder Selbstbeteiligung) vor. Die erforderliche Zustimmung darf dabei nicht ungerechtfertigt verweigert werden.
- b) Die Versicherungsverträge bleiben für den erforderlichen Zeitraum uneingeschränkt gültig.
- c) Die Versicherungsverträge sind mit leistungsstarken Versicherern abzuschließen. Der Auftraggeber ist berechtigt, Versicherungen abzulehnen, wenn der Versicherer nicht mit mindestens "BBB" mit stabilem Ausblick der Ratingagentur "Standard & Poor's" bzw. "Fitch" oder "Baa2" mit stabilem Ausblick von "Moody's" geratet ist. Im Falle von mehreren Ratings gilt das niedrigste Rating.
- d) Sollte ein Versicherer einseitig an einer Versicherungsvereinbarung wesentliche Änderungen (z.B. Haftungsbegrenzung oder Selbstbeteiligung) vornehmen oder sind solche Änderungen geplant, so hat die Partei, die vom Versicherer zuerst darüber in Kenntnis gesetzt wird, unverzüglich die andere Partei ebenfalls davon in Kenntnis zu setzen.
- e) Für den Fall, dass die andere Partei beabsichtigt, Leistungen aus einem von der versichernden Partei abgeschlossenen Versicherungsvertrag in Anspruch zu nehmen, teilt sie dies, nach erster Kenntnisnahme des Anspruchs, so schnell wie unter den gegebenen

Bedingungen möglich, der versichernden Partei mit. In Bezug auf Angelegenheiten, die von ihr in angemessenem Rahmen zu vertreten sind, bemüht sich die andere Partei nach besten Kräften sicherzustellen, dass solche Ansprüche in allen wesentlichen Aspekten gemäß den Anweisungen der versichernden Partei bearbeitet werden.

- f) In Bezug auf die Ausführung der Arbeiten handelt der Auftragnehmer, im Rahmen des Versicherungsvertrages, namens seiner Mitarbeiter und aller anderen Parteien, für die er verantwortlich ist, einschließlich aller Subunternehmer.

Bei Einbeziehung des Auftraggebers in die Ausführung der Arbeiten handelt dieser für seine Mitarbeiter.

Vom Versicherer eingehende Schadenzahlungen sind für den Verlustausgleich bzw. die Schadensregulierung zu verwenden.

15.1 Vom Auftragnehmer abzuschließende Versicherungen

Der Auftragnehmer hat

1. die nachfolgend aufgeführten Versicherungen,
2. alle anderen, gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Versicherungen,
3. Versicherungsschutz für alle seine Mitarbeiter, Subunternehmer oder andere gelegentlich bestellte Personen,

für die genannten Zeiträume abzuschließen und aufrechtzuerhalten.

Der Auftragnehmer hat seine Subunternehmer und/oder Lieferanten, die für ihn bei dem Vorhaben tätig sind, zu verpflichten,

1. die unten aufgeführten Versicherungen in einem für ihre jeweilige Tätigkeit angemessenen Umfang und in der dafür jeweils angemessenen Höhe,
2. alle anderen, gesetzlich zwingend vorgeschriebenen Versicherungen,
3. Versicherungsschutz für die Mitarbeiter des Subunternehmers und/oder Lieferanten oder andere gelegentlich bestellte Personen,

für die genannten Zeiträume abzuschließen und aufrechtzuerhalten.

Folgende Versicherungen sind vom Auftragnehmer abzuschließen:

- a) Für die Zeit während der Ausführung und bis 6 Monate nach der Abnahme der Leistungen eine Transportversicherung für alle Sachen, die zum Vertragsumfang gehören und zur Baustelle geliefert werden oder von der Baustelle abtransportiert werden und die sich im Eigentum des Auftragnehmers, dessen Subunternehmers, Zulieferer und/oder Lieferanten stehen, oder sich in deren Obhut, Gewahrsam oder Verfügungsgewalt befinden und die für den Einsatz in der Fertigung, Errichtung oder Fertigstellung des Bauprojektes vorgesehen oder damit verbunden sind. Diese Sachen sind für Transporte zur und

von der Baustelle (Direktversand oder über Häfen und/oder Orte in beliebiger Reihenfolge) mit allen Transportmitteln auf dem Land-, Wasser- oder Luftweg (einschließlich aller eigenen, gemieteten, geleasteten oder anderweitig in der Verfügungsgewalt des Auftragnehmers befindlichen bzw. von ihm betriebenen Transportmittel) zu versichern.

- b) Für die Zeit während der Ausführung und bis 6 Monate nach dem Ablauf der Frist für die Mängelhaftung (vgl. **Ziff. 13.2**) eine Betriebs-/Berufs-/Planungs-Haftpflichtversicherung (Versicherungsfall: Schadensereignis) einschließlich der Produkthaftpflicht- und Umwelthaftpflichtversicherung, die die gesetzliche Haftpflicht des Auftragnehmers für Personen-, Sach- und Vermögensschäden, sowie Umweltschäden Dritter mit einer Versicherungssumme von mindestens 5 Mio. EUR je Versicherungsfall und zweifach im Versicherungsjahr deckt. Für reine Vermögensschäden ist ein Limit von mindestens EUR 1 Mio. vorzusehen. Darüber hinaus hat der Auftragnehmer eine Umweltschadensversicherung mit einer Deckungssumme von EUR 5 Mio. pro Versicherungsfall und -jahr abzuschließen.
- c) Für die Zeit während der Ausführung und bis 6 Monate nach der Abnahme der Leistungen eine Arbeitgeberhaftpflicht oder gleichwertige Versicherung zur Deckung der gesetzlichen Haftung des Auftragnehmers für Personenschäden, Tod oder Erkrankung, seiner Mitarbeiter und Personen in seinem Verantwortungsbereich, gemäß den geltenden Gesetzen des jeweiligen Landes, in dem die Arbeiten ganz oder teilweise ausgeführt werden.

15.2 Vom Auftraggeber abzuschließende Versicherungen

Der Auftraggeber wird für die Dauer der Ausführung bis zur Fertigstellung der Leistungen des Auftragnehmers eine Montageversicherung mit folgenden Bedingungen eindecken:

- (1) Versicherungsnehmer der Montageversicherung ist die BEW Berliner Energie und Wärme GmbH. Als mitversicherte Unternehmen gelten alle jeweiligen direkten und indirekten Tochtergesellschaften, Muttergesellschaften, verbundenen und assoziierten Gesellschaften der BEW Berliner Energie und Wärme GmbH. Dies gilt für Unternehmen, die bereits bestehen oder eventuell später von BEW Berliner Energie und Wärme GmbH gegründet oder erworben werden.
- (2) In der Montageversicherung sind weiterhin als mitversicherte Unternehmen der Auftragnehmer und alle mit der Ausführung der Arbeiten beauftragten Unternehmen und Subunternehmen eingeschlossen, die gemäß der in der Originalversion der Versicherungsbestätigung, siehe Teil **A10 [Versicherungsbestätigung]**, enthaltenen Definition als Mitversicherte bezeichnet werden.
- (3) Die Montageversicherung sieht gegenüber allen Versicherten einen Regressverzicht vor, außer sofern der Versicherungsfall durch Vorsatz bzw. grobe Fahrlässigkeit eingetreten ist. Der Regressverzicht gilt des Weiteren nicht, sofern für den Schaden Ersatz aus einer Haftpflichtversicherung beansprucht werden kann.

(4) Eine mindestens 12monatige Extended Maintenance bzw. erweiterte Nachhaftung für Schäden während der Verjährungsfrist für Mängelansprüche, beginnend ab dem Ausstellungsdatum des Protokolls über die Schlussabnahme der Arbeiten.

(5) Die Montageversicherung schließt Versicherungsschutz für die Montageausrüstung (Werkzeuge und Ausrüstung) des Auftragnehmers ausdrücklich aus.

(6) Die Montageversicherung gilt subsidiär zu einer eventuell bestehenden Herstellergarantie bzw.- Gewährleistung.

(7) Im Übrigen wird bezüglich der Montageversicherung Bezug auf die Beschreibung in der Versicherungsbestätigung, siehe Teil **A10 [Versicherungsbestätigung]** genommen. Darin sind die Einzelheiten zum Umfang und Inhalt des Versicherungsschutzes, bestehende Leistungsausschlüsse und die sonstigen Versicherungsbedingungen beschrieben.

15.3 Selbstbehalt

Der Selbstbehalt im Zusammenhang mit den in **Ziff. 15** genannten Versicherungen wird den Parteien wie folgt zugewiesen:

- a) Montageversicherung: Die Selbstbeteiligung beträgt je Schadenfall 50.000,00 EUR. Den Selbstbehalt trägt der Auftragnehmer in dem Umfang, in dem er von der Versicherungsleistung profitiert, weil er zum Zeitpunkt des Schadensereignisses das Risiko des zufälligen Untergangs oder das Risiko der Beschädigung des versicherten Gegenstands im Hinblick auf seine Pflichten zur Vertragserfüllung gegenüber dem Auftraggeber zu tragen hat oder z. B. vertragsgemäß zum Schadensersatz gegenüber dem Auftraggeber verpflichtet ist.
- b) Für alle weiteren in **Ziff. 15.1** genannten Versicherungen:

Den vereinbarten Selbstbehalt trägt die für den Abschluss der Versicherung zuständige Partei.

15.4 Bestehende Verpflichtungen

Jede Partei hat dafür Sorge zu tragen, dass alle Subunternehmer, Zulieferer bzw. Lieferanten, für die sie eine Versicherung abschließen, diese Versicherungspolice so anerkennen, als wenn sie diese direkt abgeschlossen hätten, und die in der Police enthaltenen Bedingungen und Bestimmungen beachten, erfüllen und vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Vertrages alle darin genannten Selbstbehalte tragen.

15.5 Versicherungsbestätigung

Innerhalb von dreißig (30) Tagen nach Eingang eines schriftlich gestellten Antrags, maximal einmal jährlich, erhält jede Partei (eine) von den anderen Parteien, oder deren ordnungsgemäß befugten Vertretern, unterschriebene Versicherungsbestätigung(en), über den Abschluss und Bestand zu den in **Ziff. 15** aufgeführten Versicherung(en) und deren genannten Bedingungen, woraus hervorgeht, dass Versicherungsschutz besorgt wurde bzw. aufrechterhalten wird.

15.6 Versäumte Besorgung von Versicherungsschutz

Wenn eine Partei versäumt, einen im Rahmen des Vertrages vorgesehenen Versicherungsschutz abzuschließen und aufrechtzuerhalten, oder (eine) im Sinne dieser **Ziff. 15** gültige Versicherungsbescheinigung(en) vorzulegen, so kann die andere Partei, unbeschadet weiterer Ansprüche oder Rechtsmittel, Versicherungen in der betreffenden Höhe abschließen und die dafür fälligen Prämien zahlen. Diese Prämienzahlungen können danach von der säumigen Partei eingefordert werden.

15.7 Ausschluss von Beschränkungen

Die in anderen Bestimmungen des Vertrages oder anderweitig geregelten Verpflichtungen, Haftungen bzw. Zuständigkeiten des Auftragnehmers oder des Auftraggebers werden durch die hier in **Ziff. 15** getroffenen Regelungen nicht eingeschränkt.

16 Kündigung

(1) Unbeschadet der Regelungen der §§ 648, 648a BGB besteht darüber hinaus das Recht, den Vertrag ganz oder teilweise aus wichtigem Grund zu kündigen, wenn eine schuldhafte Handlung oder Unterlassung einer der Parteien im Zuge der Vertragsdurchführung den Vertragszweck gefährdet und der anderen Partei die Fortsetzung des Vertrages unzumutbar macht.

Ein wichtiger Grund zur Kündigung durch den Auftraggeber liegt insbesondere dann vor, wenn

- a) der Auftragnehmer ohne hinreichenden Grund die Arbeit nicht aufnimmt oder unterbricht, oder
- b) der Auftragnehmer die Arbeiten so langsam ausführt, dass die rechtzeitige Vertragserfüllung ausgeschlossen erscheint, oder
- c) der Auftragnehmer es unterlässt, einer bindenden Weisung des Auftraggebers nachzukommen, oder
- d) nachhaltig und erheblich die Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen unterlässt, oder
- e) der Auftragnehmer seine Zahlungen einstellt, oder

- f) der Auftragnehmer seine Werklohnforderungen gegenüber dem Auftraggeber aus der erbrachten Leistung ganz oder diese teilweise mit Arrest belegt oder gepfändet werden, oder
- g) dem Auftraggeber ein Kündigungsrecht gemäß **Ziff. 18.6** und/oder **Ziff. 18.7** zusteht bzw. der Auftragnehmer gegen seine Verpflichtung aus **Ziff. 18.5** verstoßen hat, oder
- h) festgestellt wird, dass die zu erbringende Leistung derart mangelhaft ist, dass es einer Nicht- bzw. wesentlichen Schlechterfüllung gleichkommt – insbesondere wenn trotz Nachbesserns ein oder mehrere „**funktionale Anforderungen**“ nach **Teil B.1 Ziff. 4** nicht eingehalten werden oder bereits während der Ausführung Leistungen durch den Auftraggeber als vertragswidrig oder mangelhaft erkannt und angezeigt wurden, oder
- i) die Unfallfallverhütungs- und H&S-Vorschriften (**Ziff. 6.3** i. V. m. **Teil C4 [Arbeits- & Gesundheitsschutz und Sicherheit]**) schuldhaft und erheblich nicht einhält, oder
- j) bei Verstoß gegen die Vorschriften aus **Teil C.5 „Umwelt, Kreislauf-/ Abfallwirtschaft und Gefahrgut“**.

und ihn der Auftraggeber schriftlich unter Benennung der zu beanstandende Umstände abgemahnt und der Auftragnehmer nicht innerhalb einer gesetzten angemessenen Frist nach Zugang der Abmahnung die beanstandeten Umstände behoben hat. Wurde durch die Handlung oder durch das Unterlassen die Vertrauensgrundlage zerstört, so ist eine Fristsetzung entbehrlich.

(2) Jede Kündigung ist schriftlich und innerhalb einer angemessenen Frist nach Kenntniserlangung vom Kündigungsgrund zu erklären. Gespräche, Verhandlungen und Schriftverkehr etc. zur Klärung von Gründen, die zur Kündigung berechtigten, führen nicht zu einer Verwirkung des Kündigungsgrundes und können die angemessene Frist entsprechend verlängern. Das Recht zur sofortigen Kündigung bleibt hiervon unberührt.

(3) Entsprechend § 648a Abs.4 S.1 BGB kann nach der Kündigung jede Partei von der anderen verlangen, dass sie an einer gemeinsamen Feststellung des Leistungsstandes mitwirkt.

(4) Der Auftragnehmer ist auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, sämtliche Anlagenteile, Einrichtungen, Genehmigungen und Nutzungsrechte (einschließlich möglicher Quellcodes für Software) sowie die zum Betrieb der Anlage gehörenden Gegenstände innerhalb von zwei Wochen nach Aufforderung dem Auftraggeber zu übertragen.

(5) Der Auftragnehmer ist weiterhin innerhalb angemessener Frist verpflichtet, dem Auftraggeber den Eintritt in alle laufenden Verträge mit Subunternehmern zu ermöglichen, die im Zusammenhang mit der Errichtung der vertragsgegenständlichen Anlage stehen. Der Auftragnehmer wird diese Verpflichtung in seinen Subunternehmerverträgen entsprechend vereinbaren.

(6) Der Auftraggeber ist berechtigt, die Kündigung auf vertragliche Teilleistungen zu beschränken.

(7) Die bis zur Kündigung erbrachten und gemäß **Abs. 5** übergebenen Leistungen vergütet der Auftraggeber dem Auftragnehmer zu den vereinbarten Preisen und erstattet die nachweisbar entstandenen Nebenkosten. Bereits geleistete Zahlungen werden hierauf angerechnet. Dies schließt ausdrücklich auch weitere nicht vermeidbare Kosten des Auftragnehmers (z. B. Kosten für schon

beauftragte Subunternehmer) ein, wenn der Auftraggeber die Kündigung zu vertreten hat. Soweit es an der Vereinbarung solcher Preise mangelt, sind sie auf der Grundlage dieses Vertrages nach billigem Ermessen des Auftraggebers (§ 315 BGB) zu bestimmen. Weitergehende Ansprüche des Auftragnehmers sind ausgeschlossen.

(8) Hat der Auftragnehmer den Kündigungsgrund zu vertreten, wie z. B. unter **Abs. 1**, so steht diesem eine Vergütung abweichend von **Abs. 8** ausschließlich für die bis zum Wirksamwerden der Kündigung ordnungsgemäß erbrachten, nachgewiesenen und für den Auftraggeber wirtschaftlich sinnvoll verwertbaren Leistungen zu.

(9) Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

(10) Dem Auftraggeber steht das Recht zu, den noch nicht vollendeten Teil der Leistungen zu Lasten des Auftragnehmers durch einen Dritten ausführen zu lassen, doch bleiben seine Ansprüche auf Ersatz des etwa entstehenden weiteren Schadens bestehen. Dem Auftraggeber steht das Recht nach BGB § 641 Abs. 3 und § 637 Abs. 3 weiterhin zu. Alternativ ist der Auftraggeber auch berechtigt, auf die weitere Ausführung durch einen Dritten zu verzichten und nur Schadensersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen.

17 Schutzrechte und Datenschutz

17.1 Schutzrechte

17.1.1 Übertragung von gemäß Urheberrecht geschützten Werken auf den Auftraggeber

(1) Mit der Abnahme überträgt der Auftragnehmer dem Auftraggeber zeitlich, räumlich und sachlich unbeschränkt ohne zusätzliche Vergütung das nicht ausschließliche Recht zur Nutzung, Vervielfältigung und Verbreitung des Werkes bzw. des gelieferten Gegenstandes (im Folgenden beides als "Werk" bezeichnet). Das Recht umfasst auch die Befugnis des Auftraggebers, Bauwerke und Anlagen zu ändern, zu nutzen und zu verwerten. Das Recht umfasst auch das Recht, Instandsetzungen, Änderungen und dergleichen selbst vorzunehmen oder durch Dritte vornehmen zu lassen. Weiterhin ist der Auftraggeber im Rahmen des Nutzungsrechts berechtigt, Ersatz- und Verschleißteile selbst herzustellen und durch Dritte herstellen zu lassen.

(2) Die zum Liefer- und/oder Leistungsumfang gehörenden Unterlagen und Zeichnungen gehen in das Eigentum des Auftraggebers über. Der Auftraggeber ist berechtigt, diese Unterlagen auch unter Aushändigung an Dritte für die Ausführung von Reparaturen, Wartungsarbeiten, spätere Änderungen und Anfertigung von Ersatz- und Reserveteilen uneingeschränkt und unentgeltlich zu nutzen, ohne dass es hierzu einer besonderen Erlaubnis des Auftragnehmers bedarf.

(3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche für die sachlich, räumlich und zeitlich uneingeschränkte Inbetriebsetzung und Nutzung des Werkes erforderlichen Lizenzen zeitlich unbefristet zu erteilen bzw. zu beschaffen. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass hierzu auch – aber nicht

ausschließlich – die Lizenzen für alle installierten Softwarepakete, Datenpunkte, Softwarepunkte, Blöcke, Operationen, Darstellungen usw. gehören und diese mit dem angegebenen Einzelpreis im Leistungsverzeichnis abgegolten sind.

17.1.2 Freiheit von Schutzrechten Dritter

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Lieferungen/Leistungen frei von Schutzrechten Dritter zu erbringen bzw. den Auftraggeber von auf Schutzrechtsverletzungen basierenden Ansprüchen Dritter freizuhalten. Darüber hinaus haftet der Auftragnehmer dem Auftraggeber für den durch die Schutzrechtsverletzung entstehenden Schaden gemäß der vertraglich vereinbarten Haftung.

(2) Der Auftraggeber ist berechtigt, auf Kosten des Auftragnehmers die Genehmigung zur Benutzung der betreffenden Liefergegenstände und Leistungen vom Berechtigten zu bewirken. Besteht der Berechtigte auf Stilllegung des Liefergegenstandes und erweist sich auch ein zweckentsprechender Umbau ohne Verletzung von Schutzrechten als nicht möglich, so muss der Liefergegenstand vom Auftragnehmer unter Rückgewähr der erhaltenen Vergütung auf seine Kosten entfernt werden. Dies gilt entsprechend für sonstige Leistungen. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

(3) Der Auftragnehmer übernimmt alle nachgewiesenen Kosten, die dem Auftraggeber in diesem Zusammenhang entstehen.

17.1.3 Entstehung von Schutzrechten bei Leistungserbringung unentgeltliches Nutzungsrecht

(1) Sollte der Auftragnehmer während der Erfüllung seiner Leistungen Patente oder sonstige Schutzrechte anmelden, die im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung entstehen, so wird er dies dem Auftraggeber anzeigen. Er wird dem Auftraggeber ein kostenloses sowie zeitlich, sachlich und örtlich unbeschränktes Nutzungsrecht für eigene Zwecke einräumen.

(2) Dieses Nutzungsrecht umfasst auch die Herstellung und Änderung des geschützten Gegenstandes. Sollten Dritte für den Auftraggeber tätig werden, haben diese die gleichen Rechte.

17.1.4 Nutzungsrecht von Arbeitsergebnissen

(1) Der Auftraggeber ist berechtigt, kostenfrei die unter **Ziff. 17.1** geregelten Rechte auf Dritte zu übertragen oder durch Dritte ausüben zu lassen.

(2) Insbesondere ist er berechtigt, sämtliche im Zusammenhang mit der Erfüllung des Vertrages entstehenden Arbeitsergebnisse für eigene Zwecke und für Zwecke der mit ihm verbundenen Unternehmen zu nutzen bzw. sämtliche Schutz- und Nutzungsrechte auf diese Unternehmen zu übertragen.

17.2 Datenschutz

17.2.1 Datenschutz seitens des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer wird nur solche Mitarbeiter einsetzen, die, soweit sie im Rahmen ihrer Tätigkeit personenbezogene Daten verarbeiten, in Angelegenheiten des Datenschutzes sachkundig und von ihm auf die Einhaltung des Datengeheimnisses verpflichtet worden sind. Dies umfasst ebenfalls den Hinweis auf eine mögliche Strafbarkeit bei Verstößen gemäß Art 42 BDSG. Die personenbezogenen Daten des Auftraggebers dürfen ausschließlich für die vertraglich festgelegten Aufgabenstellungen erhoben, verarbeitet und genutzt werden. Sie dürfen nur nach schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers an Dritte weitergegeben werden.

17.2.2 Datenschutz seitens des Auftraggebers

Im Rahmen der Bearbeitung des Auftrages anfallende personenbezogene Daten der Mitarbeiter des Auftragnehmers werden vom Auftraggeber unter Berücksichtigung der Belange der DSGVO erhoben, verarbeitet und genutzt. Die Daten werden nach Ablauf des Vertrages unter Berücksichtigung der Aufbewahrungsfristen gelöscht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die betreffenden Mitarbeiter auf diesen Umstand hinzuweisen.

17.2.3 Datenschutz Subunternehmer

Die vorgenannten Regelungen zum Datenschutz hat der Auftragnehmer auch den von ihm beauftragten Subunternehmern aufzuerlegen.

18 Sonstiges

18.1 Vertraulichkeit

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie alle Zeichnungen, Entwürfe, Muster, Daten aus DV-Systemen etc. sowie alle Informationen (nachfolgend insgesamt "Informationen" genannt), die er bei der Durchführung des Vertrages erhält, während der Dauer des auszuführenden Vertrages und danach uneingeschränkt vertraulich zu behandeln. Dies gilt nicht für Informationen, die dem Auftragnehmer bei Empfang bereits bekannt waren oder von denen er anderweitig Kenntnis (z. B. von Dritten ohne Vorbehalt der Vertraulichkeit oder durch eigene unabhängige Bemühungen) erlangt hat. Alle vom Auftraggeber übergebenen Unterlagen bleiben Eigentum des Auftraggebers.

(2) Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, allen seinerseits eingebundenen Mitarbeitern, Beratern, Subunternehmern, Erfüllungsgehilfen und sonstigen Personen auch diese Verpflichtung zur Vertraulichkeit aufzuerlegen und dieses dem Auftraggeber durch eine beidseitig unterzeichnete Verpflichtungserklärung nachzuweisen.

(3) Die dem Auftragnehmer vom Auftraggeber zugänglich gemachten Unterlagen werden nach Beendigung des Vertrages vom Auftragnehmer nachprüfbar vernichtet oder auf Wunsch des Auftraggebers an diesen zurückgegeben. Die Geheimhaltungspflicht gilt auch über die Beendigung der Arbeiten/des Vertrages hinaus für einen Zeitraum von 5 Jahren.

(4) Die vom Auftragnehmer im Vergabeverfahren bereits abgegebene Vertraulichkeitserklärung gilt ebenfalls für den vorgenannten Zeitraum (**Abs. 3**) fort.

18.2 Wettbewerbsverstöße

Durch die Annahme des Auftrages versichert der Auftragnehmer zugleich, dass er in Zusammenhang mit der Vergabe dieses Auftrages nicht an gegen die Grundsätze des freien Wettbewerbes verstoßenden Absprachen mit anderen Unternehmen oder sonstigen unerlaubten Beeinflussungsversuchen hinsichtlich der Vergabe dieses Auftrages beteiligt war oder ist.

18.3 Zulässigkeit von Veröffentlichungen und Referenzen

(1) Ohne schriftliche Zustimmung ist es dem Auftragnehmer nicht gestattet, den Auftraggeber in Informations- und Werbeschriften oder als Referenz zu erwähnen. Das gleiche gilt für öffentliche Darstellungen und fotografische Aufnahmen aller Art, soweit es sich dabei um Anlagen, Aktivitäten und Ereignissen im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben des Auftraggebers handelt sowie für Veröffentlichungen im Zusammenhang mit dem Vertragsgegenstand (weiterführend geregelt in der Anlage **C4.2 [Sicherheitsplan und Baustellenordnung]**).

(2) Der Auftraggeber hat das Recht, vom Auftragnehmer im Rahmen dieses Vertrages überlassene Unterlagen in Abstimmung mit dem Auftragnehmer unter Nennung des Autors zu veröffentlichen, soweit er hierbei nicht gegen Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Auftragnehmers verstößt.

18.4 Loyalitätsklausel

(1) Der Auftragnehmer und der Auftraggeber verpflichten sich zur gegenseitigen Loyalität.

(2) Beide Vertragspartner bekennen sich zu den Grundsätzen der Vertragstreue und der gegenseitigen Rücksichtnahme. Beide Seiten kommen insbesondere überein, die Einstellung oder sonstige Beschäftigung von Mitarbeitern oder ehemaligen Mitarbeitern des jeweils anderen Vertragspartners, die im Rahmen dieses Vertrages tätig gewesen sind, zu unterlassen.

18.5 Vermeidung von Interessenkonflikten

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Interessenkonflikte, soweit er davon positive Kenntnis erlangt hat, offen zu legen und soweit möglich zu vermeiden. Dabei ist zu gewährleisten, dass die einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorgaben, insbesondere die der DSGVO und des BDSG, eingehalten werden und im Falle eines Konfliktes die Wahrung der Betroffeneninteressen als vorrangig zu betrachten sind. Fällt der Zweck der Datenverarbeitung weg, sind die erhobenen Daten datenschutzkonform zu löschen.

(2) Interessenkonflikte können bestehen, wenn

- i. zwischen Mitarbeitern des Auftragnehmers einschließlich Mitarbeitern seiner verbundenen Unternehmen bzw. seiner Subunternehmer einerseits
- ii. und Mitarbeitern des Auftraggebers einschließlich seiner verbundenen Unternehmen andererseits
- iii. über berufsbezogene Kontakte hinausgehende Kontakte bestehen und
- iv. die Personen gemäß (i) und (ii) an der Anbahnung/ Durchführung des Vertrages beteiligt sind oder in anderer Art Einfluss auf die vertragliche Abwicklung nehmen können und
- v. sie ein eigenes direktes oder indirektes finanzielles, wirtschaftliches oder persönliches Interesse haben.

(3) Interessenkonflikte können weiterhin bestehen, wenn der Auftragnehmer

- i. entweder direkt oder indirekt an der Durchführung von Vergabeverfahren, Auftragserteilungen, Entscheidungen über Lieferungen, Leistungen, Vertragsabschlüssen etc. des Auftraggebers beteiligt ist
- ii. und zwischen ihm bzw. seinen Mitarbeitern einschließlich seiner verbundenen Unternehmen bzw. seiner Subunternehmer einerseits
- iii. und potentiellen Bietern, Auftragnehmern, Lieferanten, Vertragspartnern etc. des Auftraggebers andererseits
- iv. persönliche Kontakte, vertragliche, gesellschaftsrechtliche oder anderweitige Verbindungen bestehen,
- v. die ein direktes oder indirektes finanzielles, wirtschaftliches oder persönliches Interesse befürchten lassen.

(4) Darüber hinaus bestehen Interessenskonflikte, wenn

- i. verbundene Unternehmen oder Angehörige von Mitarbeitern des Auftragnehmers bzw. seiner Subunternehmer
- ii. entweder direkt (z. B. als Auftragnehmer des Auftraggebers) oder indirekt (z. B. als Subunternehmer eines anderen Auftragnehmers des Auftraggebers) an der Vertrags- oder Projektabwicklung beteiligt sind.

(5)

- i. Die vorstehend aufgeführten (**Abs. 2-4**) potentiellen Interessenskonflikte sind nicht abschließend. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass auch in weiteren Konstellationen Interessenskonflikte bestehen können.
- ii. Es wird vermutet, dass ein Interessenskonflikt besteht, wenn die vorgenannten (in **Abs. 2-4**) Personen Angehörige sind bzw. zwischen den Gesellschaften gesellschaftsrechtliche Verbindungen bestehen (z. B. verbundene Unternehmen i. S. d. AktienR).

(6) In Fällen eines festgestellten oder vermuteten Interessenskonfliktes ist der Auftraggeber berechtigt, entsprechende Maßnahmen festzulegen oder in berechtigten Fällen den Vertrag zu kündigen und/oder Schadensersatz geltend zu machen. Insbesondere - aber nicht ausschließlich - stellen die Nichtoffenlegung eines möglichen Interessenskonfliktes sowie eine fehlende Kooperation bei der Umsetzung der vom Auftraggeber festgelegten Maßnahmen einen berechtigten Kündigungsgrund dar.

7) Der Auftragnehmer wird seine Mitarbeiter zum Umgang mit bestehenden Interessenkonflikten unterweisen.

(8) Der Auftragnehmer hat seine Nachunternehmer ebenso zur Einhaltung der vorgenannten Bedingungen zu verpflichten. Sämtliche vorgenannten Verpflichtungen gelten mit Weitergabeverpflichtung.

18.6 Ethisches Verhalten

18.6.1 Befolgung des BEW Berliner Energie und Wärme GmbH Verhaltenskodex für Lieferanten und Partner

Soweit nicht anders bestimmt, erkennt der Auftragnehmer den Verhaltenskodex für Lieferanten und Partner des Auftraggebers in der zum Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrages geltenden Fassung („Kodex“) an. Der Kodex ist unter

<https://www.bew.berlin/ueber-uns/lieferantenbeziehungen/>
einsehbar.

Der Auftragnehmer wird sich nicht treuwidrig gegen die Vereinbarung von Aktualisierungen des Kodex durch den Auftraggeber sperren. Der Auftragnehmer erklärt sich weiter damit einverstanden, den UN Global Compact (der „Global Compact“), auf dem der Kodex der BEW Berliner Energie und Wärme GmbH basiert, zu respektieren und danach zu handeln. Der Auftragnehmer erklärt, über die Richtlinien und Verfahren zu verfügen, um sicherzustellen, dass die Prinzipien des UN Global Compact und nationaler Gesetze eingehalten werden. Der Auftraggeber hat das Recht, ist aber nicht verpflichtet, eine Überprüfung des Auftragnehmers oder der mit ihm verbundenen Unternehmen durchzuführen oder durchführen zu lassen, die allein dem Zweck dient, die Einhaltung

des Kodex und der UN Global Compact Prinzipien einschließlich des Bestehens von Verfahren zur Überwachung von deren Einhaltung festzustellen, soweit dies im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages steht (der „Zweck“). Jedwede Überprüfung ist während normaler Geschäftszeit und nur in solchen Geschäftsräumen oder Betrieben des Auftragnehmers oder seiner verbundenen Unternehmen vorzunehmen, die in die Durchführung dieses Vertrages involviert sind. Zu dem Zweck ist der Auftraggeber berechtigt, zulässige Standorte zu besuchen, Managementsysteme zu überprüfen und Mitarbeiter und Führungskräfte zu befragen. Die Überprüfung kann von dem Auftraggeber selbst oder durch eine namhafte und für den Auftragnehmer objektiv zumutbare Drittgesellschaft durchgeführt werden. Die Parteien sind sich einig, dass sie bei einer Überprüfung im Rahmen des Möglichen und Zumutbaren so gut wie möglich zusammenarbeiten werden, um die Überprüfung zu ermöglichen und dass sie sich nach besten Kräften bemühen werden sicherzustellen, dass dies auch ihre verbundenen Unternehmen tun.

Der Auftraggeber hat das Recht, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen, wenn der Auftragnehmer und/oder eines seiner verbundenen Unternehmen, Geschäftsstellen oder Betriebe, die in die Durchführung dieses Vertrages eingebunden sind, den Kodex oder die UN Global Compact Prinzipien verletzt. Voraussetzung hierfür ist, dass diese Verletzung so schwerwiegend ist, dass die weitere Durchführung des Vertrages bis zum Ende seiner Laufzeit nicht zumutbar ist. Sofern eine Behebung möglich ist, hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer zuvor schriftlich eine angemessene Frist zur Abhilfe zu setzen.

18.6.2 Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) bei der BEW Berliner Energie und Wärme GmbH

(1) Ausdruck des Handelns des Auftraggebers gemäß dem Kodex ist insbesondere die Grundsatzerklärung der BEW Berliner Energie und Wärme GmbH über ihre Menschenrechtsstrategie gemäß § 6 Abs.2 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (<https://www.bew.berlin/ueber-uns/lieferkettensorgfaltspflichtengesetz/>; nachfolgend „Grundsatzerklärung“).

(2) Der Auftragnehmer erklärt, dass er die in der Grundsatzerklärung niedergelegten menschenrechts- und umweltbezogenen Werte und Erwartungen des Auftraggebers und des LkSG einhalten wird. Er wird diese Werte und Erwartungen bei der Auswahl seiner unmittelbaren Zulieferer berücksichtigen und entlang seiner Lieferkette adressieren, so dass seine unmittelbaren und mittelbaren Zulieferer hinreichende Kenntnisse über diese Erwartungen haben, die eine entsprechende Berücksichtigung und Umsetzung ermöglicht.

(3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich dazu, seine Mitarbeiter und – soweit erforderlich – seine Lieferanten zu schulen, so dass die in der Grundsatzerklärung enthaltenen Erwartungen umgesetzt werden können. Der Auftraggeber kann hierzu Schulungsmaterialien oder beratende Mitarbeiter stellen. Er ist auch berechtigt, Schulungen selbst durchführen. Der Auftragnehmer wird insbesondere seine Mitarbeiter von der Möglichkeit des beim Auftraggeber eingerichteten Beschwerdeverfahrens, das ebenfalls über [https://www.bew.berlin/ueber-](https://www.bew.berlin/ueber-uns/lieferkettensorgfaltspflichtengesetz/)

uns//Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz/ erreichbar ist, informieren und sicherstellen, dass einem Mitarbeiter, der das Beschwerdeverfahren nutzt, keine Repressalien aufgrund der Beschwerde drohen.

(4) Der Auftraggeber ist berechtigt, beim Auftragnehmer stichprobenartige Kontrollen durchführen sowie Unterlagen und Auskünfte einzuholen, um risikobasiert die Einhaltung der in der Grundsatzerklärung festgelegten Menschenrechtsstrategie und der Strategie zum Schutz der umweltrelevanten Ziele zu überprüfen. Der Auftragnehmer wird – soweit möglich – darauf hinwirken, dass der Auftraggeber derartige Kontrollen auch bei den Lieferanten des Auftragnehmers durchführen darf und dem Auftragnehmer auch von diesen direkt Auskünfte auf entsprechende Anfragen erteilt werden.

(5) Für den Fall, dass der Auftraggeber sich gezwungen sieht, im Rahmen der ihn treffenden Pflichten aus dem LkSG, Anpassungen des Vertrages vorzunehmen, werden er und der Auftragnehmer hierüber in Verhandlungen treten. Der Auftragnehmer wird sich einem solchen Anpassungsbegehren des Auftraggebers nicht treuwidrig sperren. Beide Partner werden sich bemühen, eine den Sorgfaltspflichten und Schutzgütern des LkSG angemessene Vertragsanpassung zu vereinbaren, insbesondere in Form konkreter Maßnahmen zur Minimierung/Abhilfe bei Verletzung oder Gefährdung dieser Schutzgüter.

Anpassungen nach Ziffer 5, Satz 1, sind insbesondere erforderlich:

- zur vertraglichen Verankerung notwendiger Präventionsmaßnahmen (§ 6 Abs. 4 und 5,
- § 9 Abs. 3 Nr. 2 LkSG etc.),
- wenn Hinweise aus einem Beschwerdeverfahren (§ 8 LkSG) Anlass dazu geben,
- wenn Anpassungen der Grundsatzerklärung erforderlich werden (insbesondere aufgrund von § 6 Abs. 5 LkSG) und/oder
- bei Eintritt oder einem unmittelbar bevorstehenden Eintritt einer Verletzung einer menschenrechtsbezogenen oder umweltbezogenen Pflicht durch den Auftragnehmer (§ 7 Abs. 2 und 3 LkSG).

(6) In Fällen des § 7 Abs. 3 LkSG, in denen Pflichten oder geschützte Rechtspositionen im Sinne des LkSG sehr schwerwiegend verletzt werden, berechtigt dies den Auftraggeber zur Kündigung aus wichtigem Grund.

18.7 Russland-Sanktionen

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet sicherzustellen,

1. dass er auch während der Vertragsdurchführung nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten

Personen oder Unternehmen gehört, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Auftragnehmers oder die Niederlassung des Auftragnehmers in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a) zutrifft, am Auftragnehmer über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
 - c) durch das Handeln des Auftragnehmers im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.
2. dass die vom ihm am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden (Eignungsleihe), beteiligten Unternehmen, die mehr als 10 % des Auftragswerts erbringen, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören und gehören werden.

(2) Der Auftragnehmer bestätigt und stellt sicher, dass er (i) alle einschlägigen Ausfuhr- und Verbringungsbeschränkungen sowie Sanktionen und Embargos einhält, insbesondere auch bezogen auf Artikel 3g der Verordnung Nr. 833/2014 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren in der jeweils gültigen Fassung, insbesondere im Hinblick auf, aber nicht darauf beschränkt, russisches Eisen und/oder russischen Stahl im Sinne der vorgenannten Regelung, und dass er (ii) dem Auftraggeber – auf Verlangen – die entsprechenden Unterlagen zum Nachweis der Einhaltung solcher Ausfuhr- und Verbringungsbeschränkungen vorlegt.

(3) Bei Verstößen gegen die Verpflichtungen aus Abs. (1) oder (2) ist der Auftraggeber berechtigt, nach fruchtloser Aufforderung mit Fristsetzung den Verstoß zu beseitigen, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen. Eine Fristsetzung ist entbehrlich, wenn besondere Umstände vorliegen, die eine Beseitigung unmöglich erscheinen lassen oder der Auftragnehmer die Beseitigung ernsthaft und endgültig verweigert hat. Während einer etwaig gesetzten Frist zur Beseitigung des Verstoßes ruhen die Erfüllungspflichten des Auftraggebers.

(4) Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber von allen Umständen, die eine Verletzung der vorgenannten Pflichten darstellen könnten, unverzüglich zu informieren. Dem Auftraggeber steht ein umfassendes Nachprüfungs- und Auskunftsrecht gegenüber dem Auftragnehmer zu.

(5) Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber von sämtlichen Nachteilen freistellen, die dem Auftraggeber durch eine dem Auftragnehmer zurechenbare, schuldhaft Verletzung der vorgenannten Pflichten entstehen.

18.8 Abtretung und sonstige Übertragungen

Abtretungen sowie sonstige Übertragungen von Rechten und Pflichten seitens des Auftragnehmers dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Einwilligung des Auftraggebers vorgenommen werden. Der Auftraggeber ist berechtigt, diesen Vertrag mit sämtlichen Rechten und Pflichten auf ein verbundenes Unternehmen zu übertragen.

18.9 [Entfällt]

18.10 Vertragssprache/Schriftform

Die gesamte Auftragsabwicklung und Leistungserbringung (Baustellensprache, Sicherheitsunterweisungen, Unterlagen, Dokumente etc.) in Wort und Schrift hat ausschließlich in deutscher Sprache zu erfolgen.

Rechtserhebliche Erklärungen sowie Anzeigen des Auftragnehmers hinsichtlich des Vertrags (z. B. Behinderungsanzeigen o.ä.) sind schriftlich, also in Schrift- oder Textform (z. B. Brief, E-Mail, Telefax) abzugeben. Soweit in diesem Vertrag und seinen Anlagen auf die Schriftform („schriftlich“) Bezug genommen wird, wahrt die Textform dieses Erfordernis. Hiervon ausgenommen ist grundsätzlich die Übermittlung von Erklärungen per SMS, WhatsApp oder ähnlichen Messengerdiensten.

Weitergehende gesetzliche Formvorschriften sowie weitere Nachweise (ggf. bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden) bleiben unberührt. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen zu ihrer Wirksamkeit mindestens eingescannter Unterschriften (pdf) bzw. einfacher elektronischer Signaturen (pdf). Dies gilt auch für eine Aufhebung dieser Klausel.

18.11 Geltendes Recht

Es gilt deutsches Recht unter Ausschluss des Kollisionsrechtes und unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11.04.1980.

18.12 Gerichtsstand

Gerichtsstand ist Berlin, im Besonderen das Landgericht Berlin und das Amtsgericht Mitte. Darüber hinaus ist der Auftraggeber berechtigt, vor dem Gericht zu klagen, das am Sitz des Auftragnehmers zuständig ist.

18.13 Salvatorische Klausel

Sollten sich einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise als nichtig oder unwirksam erweisen, so wird die Wirksamkeit dieses Vertrages im Übrigen dadurch nicht berührt. Das gleiche gilt, soweit sich in diesem Vertrag eine Lücke herausstellen sollte. Die Partner verpflichten sich vielmehr, die betreffende oder fehlende Bestimmung durch eine andere, im wirtschaftlichen Erfolg ihr möglichst gleichkommende zu ersetzen bzw. eine Regelung zu treffen, die dem am nächsten kommt, was die Partner nach Sinn und Zweck dieses Vertrages angestrebt hatten.

18.14 Individuelle Vereinbarungen

Die Parteien haben die Bestimmungen dieses Vertrages ausweislich des Verhandlungsprotokolls individuell ausgehandelt. Der Auftraggeber hat sämtliche Bestimmungen ernsthaft zur Disposition gestellt, erläutert und diskutiert. Die Regelungen dieses Vertrages stellen keine Allgemeinen Geschäftsbedingungen dar.

19 Mitgeltende Unterlagen

(1) Der Vertrag hat folgende Bestandteile:

Teil A: Kommerzieller Teil

Teil B: Technische Anforderungen des AG

Teil C: Ausführungsbestimmungen

Teil D: Zahlungen, Preislisten und Zahlungsmeilensteine

Teil E: Vertragsterminplan

Teil F: Dokumente des Auftragnehmers

Teil G: Dokumente des Auftraggebers

einschließlich der Anlagen dieser Teile.

(2) Etwaige Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden ebenso wenig Anwendung wie etwaige Pläne oder Korrespondenz im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Vertrages. Sollten sich zwischen oder innerhalb der Vertragsbestandteile Widersprüche ergeben, so ist dem Vertragstext im Zweifel Vorrang vor allen in Anlagen beigefügten Bestandteilen sowie vor allen Regelwerken einzuräumen. Der Auftragnehmer hat die Vertragsbestandteile im Vorfeld der Vertragsdurchführung mit der Sachkunde eines erfahrenden Unternehmers darauf überprüft, ob Widersprüche und Unklarheiten vorliegen. Soweit sich dabei Widersprüche oder Unklarheiten ergeben haben, wurden diese aufgelöst bzw. geklärt.